

Planung und Gewalt: Raumordnung und Bevölkerungsplanung im Kontext der Umsiedlung Südtirol

Michael Wedekind

1. Rationalisierung von Gewalt

„Planung“ als rational strukturierende Antizipation des Kommenden ist eine Schlüsselsignatur des vergangenen Jahrhunderts. Mit den vorherigen Wissensinventarisierungen standen seit dem 19. Jahrhundert Methoden und Instrumente für eine komplexe Neugestaltung von Gesellschaft und Raum bis hin zur genetischen Vervollkommnung des Menschen selber bereit. Die Erfahrungen des Ersten Weltkrieges und der Weltwirtschaftskrise ließen die Skepsis gegenüber einer umfassenden Planbarkeit von Geschick und Umwelt des Menschen weithin in den Hintergrund treten. Vielmehr erschien Planungsarbeit nach einem idealen gesellschaftlichen Zukunftsentwurf als Antwort auf die manifesten Krisen der Moderne. Vor dem Hintergrund dieses Optimismus trat in der ‚autoritären Hochmoderne‘ insbesondere die Frage nach Einklang von ‚Planung‘ und ‚Freiheit‘ zurück – vollends unter den aufkommenden totalitären Regimes, deren Ordnungsinterventionen zur Durchsetzung umspannender Großkonzeptionen sich mit singulärer Gewaltentfesselung gegen jene Strukturen und Gesellschaftsteile verbanden, die als Hemmnisse geplanter Optimierungsprozesse identifiziert worden waren.¹

In diesem Kontext gewaltsamer Großplanung verortet sich die am 21. Oktober 1939 zwischen dem Deutschen Reich und Italien ausgehandelte, als irreversibel konzipierte Lösung des Südtirol-Problems durch Aussiedlung der nicht italienischsprachigen Bevölkerung. Das Vorhaben entsprang radikalen Ordnungsvorstellungen beider Regimes: den bevölkerungspolitischen Entwürfen und imperialen Raumkonzeptionen des italienischen Faschismus hier und der nationalsozialistischen Neuordnung von Raum, Bevölkerung und Gesellschaft Mittel- und Osteuropas mit ihren hierzu eingeleiteten Maßnahmen von Umsiedlung, ethnischer Säuberung, *social engineering* und radikaler negativer Eugenik dort.

1 Siehe hierzu: Gabriele METZLER/Dirk VAN LAAK, Die Konkretion der Utopie. Historische Quellen der Planungsutopien der 1920er Jahre. In: Isabel HEINEMANN/Patrick WAGNER (Hgg.), Wissenschaft – Planung – Vertreibung. Neuordnungskonzepte und Umsiedlungspolitik im 20. Jahrhundert, Stuttgart 2006, S. 23–43; James C. SCOTT, Seeing Like a State: How Certain Schemes to Improve the Human Condition Have Failed, New Haven 1998, S. 223–261.

Welche Funktion kam nun der Umsiedlung der etwa 200.000 Südtiroler im Gesamtkomplex dieses ethnopolitischen und raumordnenden Umbaus durch das NS-Regime zu? Der vorliegende Beitrag spürt dieser Frage anhand von Expertisen, Szenarien und Realisierungsstrategien für eine ‚geschlossene‘ Umsiedlung der Südtiroler Deutschland-Optanten und eine soziologisch verstandene ‚Bevölkerungsplanung‘ nach. Er nimmt dabei die *planificateurs* ebenso in den Blick wie deren – oft stark irrationalen – Vorstellungen von ‚Raum‘, ‚Bevölkerung‘, Wirtschafts- und Sozialgefüge und fragt nach der Interdependenz von Wissenschaft, Verwaltung und Politik im Umfeld von Bevölkerungsmanagement und Sozialraumplanung.

2. Vom Einsatz des ‚A-Menschen‘: Siedlungsplanungen der Südtiroler NS-‚Volksgruppenführung‘

Zum oktroyierten Staatsbürgerschaftsentscheid (‚Option‘) zwischen dem 23. Juni und 31. Dezember 1939, bei dem sich etwa 197.000 deutsch- und ladinischsprachige Südtiroler (84 %) gegen den Beibehalt der italienischen Staatsbürgerschaft und somit für eine Aussiedlung in das Deutsche Reich entschieden, und zur nachfolgenden Umsiedlung der Deutschland-Optanten ist inzwischen ein solider historiographischer Kenntnisstand erarbeitet worden.² Defizite bestehen jedoch – abgesehen von dem eingangs aufgerissenen Themenfeld – vor allem unverändert hinsichtlich der Rolle der zunächst geheimen und illegalen Südtiroler NS-Bewegung, dem Völkischen Kampfring Südtirol (VKS). Am 30. Januar 1940 – nun offiziell anerkannt und in Arbeitsgemeinschaft der Optanten für Deutschland (AdO) umbenannt – wurde ihm vom Reichsführer-SS die gesamte Betreuung, organisatorische Sammlung und politische Führung der Optanten übertragen.³ Wenn der Blick auf die Siedlungskonzeptionen der Südtiroler ‚Volksgruppenführung‘ hier vorangestellt

2 Grundlegend nach wie vor: Karl STUHLPFARRER, *Umsiedlung Südtirol 1939–1940*. 2 Bde., Wien/München 1985; siehe ferner: Helmut ALEXANDER/Stefan LECHNER/Adolf LEIDLMAIR (Hgg.), *Heimatlos: Die Umsiedlung der Südtiroler*, Wien 1993; Klaus EISTERER/Rolf STEININGER (Hgg.), *Die Option. Südtirol zwischen Faschismus und Nationalsozialismus*, Innsbruck 1989; Rudolf LILL (Hg.), *Die Option der Südtiroler 1939. Beiträge eines Neustifter Symposions*, Bozen 1991; Reinhold MESSNER (Hg.), *Die Option*, München/Zürich 1989; Mauro SCROCCARO, *Dall'aquila bicipite alla croce uncinata. L'Italia e le opzioni nelle nuove provincie: Trentino, Sudtirolo, Val Canale (1919–1939)*, Trient 2000; Tiroler Geschichtsverein – Sektion Bozen (Hg.), *Option – Heimat – Opzioni: Eine Geschichte Südtirols/Una storia dell'Alto Adige*. Ausstellungskatalog, Bozen 1989.

3 Zu VKS bzw. AdO siehe: Michael WEDEKIND, *Die nationalsozialistische Volksgruppenorganisation in Südtirol (1933–1945)*. In: Giuseppe FERRANDI/Günther PALLAVER (Hgg.), *Die Region Trentino-Südtirol im 20. Jahrhundert*. Bd. 1: Politik und Institutionen, Trient 2007, S. 401–433; Leopold STEURER, *Südtirol zwischen Rom und Berlin 1919–1939*, Wien 1980; STUHLPFARRER, *Umsiedlung*; Veronika MITTERMAYER, *Von der Illegalität zur Macht: Soziale Merkmale des Völkischen Kampfringes Südtirols und der Arbeitsgemeinschaft der Optanten*. In: *Zeitgeschichte* 22 (1995), S. 211–222; DIES., *Bruchlose Karrieren? Zum Werdegang der Südtiroler Politikerschicht bis zur „Stunde Null“*. In: Hans HEISS/Gustav PFEIFER (Hgg.), *Südtirol – Stunde Null? Kriegsende 1945–1946*, Innsbruck/Wien/München 2000, S. 169–202.

und im Weiteren die Perspektive auf die geplanten Ansiedlungsräume verschoben wird, so deshalb, weil eine Untersuchung der Zielvorstellungen der AdO zugleich auch Einsichten in die NS-Planungsbürokratie gewährt.

Mit der Erhebung zum politischen Führungsinstrument der Deutschland-Optanten hatte sich die Unterstellung der AdO unter Himmlers SS verbunden. Als Chef der in Bozen eingerichteten Amtlichen Deutschen Ein- und Rückwandererstelle (ADERSt), einer Dienststelle des Reichskommissars für die Festigung deutschen Volkstums (RKF), wurde SS-Sturmbannführer Wilhelm Luig (1900–1949) nominell die Leitung der AdO übertragen. Zu ihrem geschäftsführenden Leiter ernannte Himmler am 14. Februar 1940 den bisherigen VKS-Führer Peter Hofer (1905–1943). Dieser wiederum war direkt dem Chef des RKF-Stabshauptamtes, SS-Obergruppenführer Ulrich Greifelt (1896–1949), unterstellt.⁴

Führungskreise der AdO, von einem rassistisch-politischen Elitebewusstsein der eigenen Volksgruppe getragen, empfanden die Nachordnung unter die ADERSt, mit der es rasch zu anhaltenden Differenzen und Zerwürfnissen kam, als Kuratel und Entmachtung. Speziell für die Zeit nach „Inbesitznahme des neuen Siedlungsgebietes“ befürchteten viele, dass die ‚Volksgruppenführung‘ einem definitiven Machtverlust entgegengehen werde. Im Widerspruch zu Anweisungen Himmlers war die AdO daher bestrebt, die Führung auf den Gebieten Umsiedlungsplanung und -organisation für sich zu reklamieren.⁵ Hiermit sollten zentrale Politikfelder im Gesamtkomplex der Neuordnung Europas besetzt werden, die Bedeutung und Machterhalt der AdO für die Zukunft absichern konnten. Die AdO-Führung gab sich der illusorischen Hoffnung hin, ihrem Anspruch gegenüber dem RKF, der im Reich die Hoheit über die gesamte Siedlungsplanung beanspruchte, durch Vorlage detailliert ausgearbeiteter Konzepte zur künftigen Bevölkerungs- und Sozialraumplanung Nachdruck verleihen zu können. Zudem erwartete sie, durch Placierung eigener Interessenvertreter an Schlüsselstellen der NS-Umsiedlungsbürokratie Einfluss auf Entscheidungsprozesse des RKF zu gewinnen.

4 Zu Entstehung und Organisation des Umsiedlungsapparates siehe: STUHLPFARRER, Umsiedlung, Bd. 1, S. 237–425; Michael WEDEKIND, Nationalsozialistische Besatzungs- und Annexionspolitik in Norditalien 1943 bis 1945: Die Operationszonen „Alpenvorland“ und „Adriatisches Küstenland“, München 2003, S. 129–133.

5 Siehe: Südtiroler Landesarchiv, Bozen (SLA), Archiv des Völkischen Kampfrings Südtirol/Arbeitsgemeinschaft der Optanten (VKS/AdO), Position 133: Gedanken zur Umsiedlungslenkung, ohne Verfasser und Datum (etwa August 1940): „Die Durchführung der Abwanderung, soweit es die Erfassung und Vorbereitung der Menschen sowie die Bergung der materiellen und kulturellen Güter der Volksgruppe betrifft, muss in den Händen der A.d.O. verbleiben, weil der Wiederaufbau der Volksgruppe in der neuen Heimat nur von ihr selbst bewerkstelligt werden kann. – Jede ‚endgültige‘ Ansiedlung von Südtirolern außerhalb der neuen Heimat darf nur im Einverständnis mit der A.d.O. erfolgen, denn diese allein trägt die Verantwortung dafür, dass die Südtiroler Volksgruppe in der neuen Heimat die ihr vom Reich gestellte Aufgabe erfüllt.“

Bereits der VKS hatte Ende 1939 die Errichtung eines eigenen Aufbau- und Besiedlungsamtes ins Auge gefasst. Nach vorheriger Erhebung demographischer, genealogischer und soziostruktureller Daten, nach Aufnahme siedlungsgeschichtlichen Materials und Inventarisierung des Südtiroler ‚Siedlungs-‘ und Kulturgutes sollte es Pläne für eine – angeblich auch von Hitler gewünschte – „arteigene Gestaltung“ des noch zuzuweisenden geschlossenen Neusiedlungsgebietes entwerfen.⁶ Darüber hinaus hätte dem Amt die Aufgabe zufallen sollen, „das Volk für die große Aufgabe des Wiederaufbaues der Heimat innerlich reif zu machen.“⁷

Ein erster Planungsentwurf des VKS fasste den ‚Ansetzungsraum‘ gewissermaßen als Matrix, als völlig neu strukturierbar und als Objekt einer grundsätzlichen Neuplanung des bestehenden Bevölkerungs-, Siedlungs-, Wirtschafts- und Sozialgefüges auf. Die Räumung des Neusiedlungsgebietes von der ansässigen Bevölkerung sowie die gänzliche Beseitigung bestehender Siedlungs- und Agrarstrukturen galten als unabdingbare Prämisse.⁸ Ebenso jedoch wie die Südtiroler Siedlungsstrukturen im ‚Ansetzungsraum‘ weithin übernommen werden sollten, war auch der umzusiedelnde Sozialkörper in seinen soziostrukturellen Hierarchien dorthin im wesentlichen unverändert zu versetzen. Die siedlungs- und agrarsoziologischen Planungskomponenten, wonach die Errichtung ökonomisch autarker Einzelhöfe gegenüber geschlossenen Dorfansiedlungen zu favorisieren war, stützten sich auf Vorstellungen von kolonialisatorischer Raumdurchdringung und Förderung eines ‚völkisch‘ kämpferischen Bauerntums. Dabei galt es, individuelle Abwanderungen ins Reich weitgehend zu verhindern und auf die möglichst geschlossene Umsiedlung des gesamten ‚Volkskörpers‘ ohne numerischen und ‚volksbiologischen‘ Substanzverlust hinzuarbeiten. Nur so könne die vom ‚Reich‘ zugewiesene ‚germanisatorische‘ Zukunftsaufgabe der Südtiroler Volksgruppe im Rahmen der sozioethnischen Neuordnung Europas wahrgenommen werden. Dabei orientierte sich die AdO jedoch gleichwohl daran, „die Interessen der

6 In baulicher Hinsicht wurde eine möglichst umfassende, bis ins Detail gehende Wiederaufnahme ländlicher Bauelemente und urbaner Bauensembles ventiliert, die bis hin zum Neuaufbau Südtiroler Städte reichte. So war unter anderem für den urbanen Raum an die leicht abgewandelte Wiedererrichtung der Bozner Lauben und eines zum Aufmarschort auszugestaltenden Walther-Platzes gedacht. Dessen Ostseite ebenso wie jene des Bozner Rathaus-Platzes galten als Bauzeilen, an deren Stil sich städtischer Neubau zu orientieren habe.

7 SLA, VKS/AdO, 127: Exposé „Das Aufbau- und Besiedlungsamt“, undat. (Ende 1939). – Dem geplanten Amt sollte zugleich die Registrierung und Verbringung des beweglichen Südtiroler Kulturgutes ins Reich obliegen. Diese Aufgabe, welche die AdO später ihrem Kulturdienst zu reservieren suchte, wurde 1940 faktisch von der Südtiroler Kulturkommission des SS-Ahnererbes übernommen.

8 Ebd.: Denkschrift [betrifft Aufbau- und Besiedlungsamt], Bozen, 16.11.1939: „Was von uns jung, stark und gesund ist, hat auch vor, Deutschland gegen Osten dieselben Dienste zu erweisen, wie wir sie gegen Süden so lange mit ungeheueren Opfern geleistet haben. Dazu braucht es aber ein reines, unverwässertes deutsches Land. Ein zersetztes Hinterland, und wäre es auch nur zersetzt durch eine fremde Bauernkultur und fremde Siedlungsart, können wir dabei nicht brauchen [...]“

abwandernden Lohnabhängigen jenen der Eigentümer unterzuordnen, weil es diese Gruppen, insbesondere die Bauern waren, auf deren rekonstruierte Vermögens- und Herrschaftsverhältnisse sie ihre Machtausübung zu stützen gedachte[...]“⁹ — eine Strategie, die durchaus den bevölkerungs- und siedlungspolitischen Intentionen des RKF entsprach.

Erst die Abteilung Planung und Statistik des von Wilhelm Tapfer (1903–1975) geleiteten Wirtschaftsdienstes im Hauptamt der neugegründeten AdO wurde dann jedoch konkret mit Aufgaben im Rahmen der Siedlungsplanung befasst.¹⁰ Zusammen mit den AdO-Abteilungen Statistik und Umsiedlungslenkung oblag ihr (wie auch der ADERSt) die Erhebung, Auswertung und Bereitstellung von Planungsdaten für den RKF, speziell für dessen in Berlin-Dahlem untergebrachtes Amt VI (Planung) der Amtsgruppe C unter SS-Oberführer Konrad Meyer (1901–1973), der mit der Auswahl des Südtiroler Neusiedlungsraumes betraut worden war und als hauptverantwortlicher Verfasser des ‚Generalplans Ost‘ gelten kann. Da im RKF kein eigener Südtirolreferent eingesetzt wurde, erfolgte dort die Delegation der einzelnen Agenden an verschiedene Sachbearbeiter. Die Bozner AdO-Kräfte arbeiteten – seit Ende August 1940 auf direktem Dienstweg – vorwiegend Meyers Referenten für Bestandsaufnahme und Raumuntersuchung, Franz Doubek (1903–1969), sowie den RKF-Mitarbeitern Walter Lorch (*1913), einem Geographen, Siedlungsforscher und Siedlungsstatistiker, und Dr. Krause zu.¹¹

Auf Anregung der AdO und nach Anweisung Greifelts vom August 1940 gliederte der Wirtschaftsdienst das Südtiroler Umsiedlungsgebiet nach agrarwirtschaftlichen, klimatischen, ‚volkstypologischen‘ und

9 STUHLFARRER, Umsiedlung, Bd. 1, S. 439.

10 Die AdO verfügte im Dezember 1942 über 392 hauptamtliche Mitarbeiter, davon 128 in der Hauptleitung; bis Juni 1943 sank die Gesamtzahl nach vorhergegangenem Personalabbau auf etwa 250. Den personalstarken AdO-Wirtschaftsdienst leitete bis zu seiner Einberufung Mitte 1942 der aus Neumarkt stammende Weinhändler Wilhelm Tapfer. Seither übernahm AdO-Führer Peter Hofer die Leitung des Wirtschaftsdienstes. Tapfer hatte bereits seit 1937 dem Wirtschaftsamt des VKS vorgestanden. Im April 1939 gehörte er zu einer sechsköpfigen VKS-Abordnung, der in Berlin durch den Leiter der Parteikanzlei, Martin Bormann, und den Stabsleiter der Volksdeutschen Mittelstelle, SS-Oberführer Hermann Behrends, erstmals die deutschen Umsiedlungsabsichten für Südtirol eröffnet wurden. Mitarbeiter des Wirtschaftsdienstes waren neben dem aus Meran gebürtigen Obstgroßhändler Zipperle u.a. Anton Lun, zeitweilig Wirtschaftsbeauftragter für den AdO-Kreis Bozen und nach dem Kriege Bozner SVP-Stadtrat, der Rechtsanwalt Hans Pobitzer sowie Richard Turner (siehe ergänzend: SLA, VKS/AdO, 97). Die Abteilung Planung und Statistik des Wirtschaftsdienstes leitete Karl Pernthaler, der im Juli 1941 von Konrad Meyer zur Bearbeitung der gewonnenen Südtiroler Planungsunterlagen nach Berlin gerufen wurde. Der Wirtschaftsdienst stellte mit der von Himmler am 10.2.1942 angeordneten Arbeitsumstellung der AdO seine Planungs- und statistischen Erhebungsarbeiten auf Grund der Kriegslage ein.

11 Zur Rolle von Franz Doubek, zugleich Mitarbeiter der Publikationsstelle Berlin-Dahlem der Nord- und Ostdeutschen Forschungsgemeinschaft, siehe: Michael BURLEIGH, *Germany turns Eastwards: a Study of Ostforschung in the Third Reich*, London 2002, bes. S. 86 und passim; Ingo HAAR, *Historiker im Nationalsozialismus: Deutsche Geschichtswissenschaft und der „Volkstumskampf“ im Osten*, Göttingen 2000, bes. S. 219 f.

führungstechnischen Gesichtspunkten in zwölf ‚Talschaften‘¹², die als Erhebungs- und umsiedlungsorganisatorische Einheiten konzipiert waren. In der Nachfolge sollten ihnen im Ansiedlungsgebiet ebenso viele Einsatzstäbe entsprechen. Zumeist nach Richtlinien, Erhebungs- und Auswertungskriterien des RKF, die den AdO-Mitarbeitern in Berlin und nochmals bei einem Besuch Meyers in Südtirol im Herbst 1940 dargelegt wurden, erarbeitete die Bozner Planungsabteilung – zeitweilig direkt im RKF-Amt VI – Analysen der Bevölkerungs-, Sozial- und Wirtschaftsstruktur Südtirols, seiner Kleinregionen und Gemeinden. Darunter waren neben einem Wirtschafts atlas und Materialien zur Ansatzplanung der gewerblichen Wirtschaft auch flächendeckende agrarsoziologische Erhebungen, u.a. zu ‚Bauernfähigkeit‘, Leistungsvermögen, Betriebsgröße, zu generativem Verhalten und späteren agrarwirtschaftlichen Einsatzmöglichkeiten bäuerlicher Betriebsführer – also zu sozialen Steuerungskategorien für den ‚Wiederansatz‘. Mitte Mai 1940 wurden Tapfer und der Referent für Landwirtschaftsfragen im AdO-Wirtschaftsdienst, Josef Zipperle (*1909), vom RKF beauftragt, nach Erschöpfung der „zur Verfügung stehenden Kontingente der Unselbständigen“ ein Konzept für die talschaftsweise Auswanderung der ‚nicht bodengebundenen‘ Optanten vorzulegen.¹³ Bis zur Jahresmitte konnte die AdO zudem zahlreiche Ausarbeitungen bereitstellen, die im Rahmen der Siedlungsplanung Burgund eine bis auf Gemeindeebene herunterreichende Raumlagerung sowie die talschafts- und gemeindeweise Landverteilung an die Umsiedler planerisch ermöglicht hätten. Zusammen mit der RKF-Hauptabteilung Planung erstellte der Wirtschaftsdienst bis Anfang 1941 zudem eine Rohfassung für Bodenplanung, Landzuteilung und den sich daraus ergebenden ‚Einsatz bäuerlicher Umsiedler‘ im geschlossenen Siedlungsgebiet. Des Weiteren wurden dem Amt VI bis Mitte Januar 1942 detaillierte Planungsunterlagen in Form einer dreizehnbändigen Strukturbeschreibung von Südtiroler Talschaften und Gemeinden, darunter Materialien für die Ansiedlung der Grödner Ladinier, zugeleitet. Paralleluntersuchungen für die vermuteten Umsiedlungsgebiete sollten Abgleichsdaten zur dortigen Aufnahmekapazität, zu wirtschaftlichen Rahmenbedingungen, Umsetzungsmöglichkeiten geschlossener Talschaften und Gemeinden verfügbar machen. Die AdO hoffte damit zugleich, Entwürfe des RKF selbständig auf Eignung prüfen, frühzeitig eigene Ansiedlungsplanungen in Angriff nehmen und gegebenenfalls damit sogar einzelnen Vorhaben des Reichskommissars zuvorkommen zu können.

12 Südtirol war demnach eingeteilt in: Oberes Vinschgau (A); Schnals, Martell, Ulten (B); Unteres Vinschgau (C); Oberes Passeier (D); Meran (E); Oberes Eisacktal (F); Sarntal (G); Unteres Etschtal (H); Unteres Eisacktal (K); Rosengarten (L); Pustertal (M); Ladinier (N).

13 Staatsarchiv Bozen (SAB), Regierungskommissariat Bozen (Rgk. Bz.), Ordner 330 ris., Faszikel N: Vermerk, betrifft Besprechung in der Dienststelle des Reichskommissars am 9., 10. und 11. Mai 1940, Bozen, 20.5.1940.

Unabhängig von der Berliner Zentrale entwarfen Mitarbeiter des AdO-Wirtschaftsdienstes deshalb eigene Grundlinien für die Siedlungsplanung. Bestimmend blieben weithin die zuvor entwickelten raumordnenden und soziodemographischen Leitideen des VKS für das geschlossene Umsiedlungsgebiet. Seit Mitte 1940 ventilierte man bei der AdO – nun vor allem in Hinblick auf eine mögliche Ansiedlung im Westen – nicht mehr allein die Möglichkeit einer kompakten, sondern auch die Variante einer gelockerten Ansiedlung der Volksgruppe. Dieses neue Szenario setzte die Zuweisung eines wesentlich größeren Siedlungsraumes voraus. Dort sollten die Südtiroler – durch den Umsiedlungsprozess zu ‚neuen deutschen‘, nationalsozialistischen Menschen geformt und nunmehr netzartig wie ein „eisernes Gerüst“ zwischen anderen Bevölkerungsgruppen ‚angesetzt‘ – Träger des Germanisierungsprozesses werden. Sie hatten „wie ein Orden strengster Disziplin [zu] wirken“, so dass „sich hier die Kraft der Reichszentrale aufstaut und rückflutend gewisse Leerräume mit Energie auffüllt [,] die dem Hinterland öfters abgeht.“¹⁴ Die bisherige Zentralforderung der AdO nach geschlossener, unvermischter Ansiedlung der Volksgruppe verblasste vor machtpolitischer Ambition: Die angestrebte volkstumpolitische Rolle der Südtiroler schien geeignet, um die AdO als Funktionsträgerin der Rasse- und Bevölkerungspolitik auf einem zentralen Aktionsfeld des NS-Staates und somit langfristig als relevante politische Kraft innerhalb des nationalsozialistischen Herrschaftsgefüges – letztlich durch Angliederung an die NSDAP zur politischen Führung der Umsiedler – zu etablieren. Bei kompakter ‚Ansetzung‘ der Volksgruppe in einem ‚Großgau‘, den diese auf Grund ihrer geringen Bevölkerungszahl nur teilweise ausfüllen könne, sei dagegen ein politischer Macht- und ökonomischer Bedeutungsverlust zu befürchten.¹⁵

14 SLA, VKS/AdO, 106: Wilhelm Tapfer: Vermerk für Peter Hofer, Bozen, 17.7.1940: „Wir können uns besonders im Grenzland eine Wirtschaft nur in strengster Gebundenheit mit den volkspolitischen-nationalsozialistischen Ideen denken, denn wir glauben, [dass] der neue deutsche Mensch politisch, wirtschaftlich und kulturell eine Komplexerscheinung sein müsse.“ – Die AdO-Führung resümierte in einer Besprechung vom 1.4.1940 ihre ‚Ansatzplanungen‘ im Neusiedlungsgebiet: „An Ausmaß soll es ca. das Drei- bis Vierfache des heute in Südtirol verfügbaren Lebensraumes betragen. Von den abwandernden Südtirolern hofft man [,] in 4–5 Jahren nach der Schaffung des Siedlungsgebietes ca. 150.000 Südtiroler angezogen zu haben. Da man aber zur Erlangung der Selbstverwaltung (eigenen Gerichtspräsidenten, eigene Gauleitung) ca. 400–450.000 Menschen im neuen Gebiet haben muss, so interessiert man sich [,] andere gesunde Rücksiedler, z.B. Banater [...] Schwaben, Zipser Sachsen, ostpreussische Zillertaler, zur Blutauffrischung heranzuziehen.“; siehe: Tiroler Landesarchiv, Innsbruck (TLA), Gauleiter und Reichsstatthalter in Tirol und Vorarlberg/Dienststelle Umsiedlung Südtirol 1939–1944 (DUS), Karton 2, Nr. 19: Besprechung mit Peter Hofer u.a. bei der AdO-Wirtschaftsabteilung, Bozen, 1.4.1940.

15 Siehe: SLA, VKS/AdO, 257: Wilhelm Tapfer an Peter Hofer, Bozen, 24.3.1941.

Grundsätzlich orientiert an Aspekten von Bevölkerungs- und Produktionssteigerung, an der ‚Neubildung deutschen Bauerntums‘ (Neuansatz von ‚bauernfähigen‘ Nichtbesitzern) sowie an der Verhinderung von Landflucht, berief man sich bei der Agrarraumplanung des Neusiedlungsgebietes explizit auf Leitvorstellungen der von Konrad Meyer herausgegebenen Zeitschrift ‚Neues Bauerntum‘. Als Siedlungsachsen war ein Grundgerüst von ‚Erbhöfen‘ bzw. von Höfen im Größenumfang des Tiroler Höferechts von 1900¹⁶ vorgesehen. Hier sollten „die wertvollsten und einflussreichsten“ Siedler zum ‚Ansatz‘ kommen, die – zumal in ethnischen Grenzübereichen – nach ‚erbbiologischen‘ und ‚rassischen‘ Eignungskriterien auszuwählen seien. „Zwischen diesen Bunkerstellungen“ habe die „Unterbringung der übrigen verfügbaren Menschen“¹⁷, darunter auch anderer ‚Volksdeutscher‘, zu erfolgen.

Die Netzansiedlung machte nach dem Leiter des AdO-Wirtschaftsdienstes eine Siedlungsplanung erforderlich, die nicht primär ökonomisch, sondern vor allem rassistisch-eugenisch orientiert sei. Tapfer verknüpfte demnach die Organisation des Siedlungswesens mit Aspekten qualitativer Bevölkerungspolitik. In einer siebenseitigen Denkschrift vom April 1941 konstatierte er zunächst nach Siedlungsräumen differenzielle Fruchtbarkeitsraten sowie eine Korrelation zwischen Urbanisierung und negativer Bevölkerungsdynamik.¹⁸ Der ländliche Siedlungsraum, der den fertilsten Teil der Population berge und durch Landflucht für eine permanente genetische Erneuerung städtischer Bevölkerung Sorge, müsse Ansatzgebiet des erbbiologisch wertvollsten ‚Gen-Pools‘ und damit stetiger Garant einer qualitativen Bevölkerungsoptimierung (‚Rasseverbesserung‘) sein. Der Siedleransatz im Umsiedlungsgebiet setzte demnach eine genetische Bevölkerungshierarchisierung voraus. Deren Taxonomie indes sollte faktisch auf kombinierten erbbiologischen und politischen Kriterien beruhen: Tapfers Wertigkeitsskala unterschied in vier abgestuften ‚Kategorien‘ zwischen ‚Volksdeutschen‘ (‚Menschenkategorie A‘), gemischtrassigen bzw. politisch

16 Nach dem Reichserbhofgesetz vom 29.9.1933 hatte die Größe von ‚Erbhöfen‘ mindestens jene Betriebsfläche zu umfassen, die zu Ernährung und Unterhalt einer Familie erforderlich ist, höchstens jedoch 125 Hektar. Das Tiroler Höferecht bemaß die Größe des ‚geschlossenen Hofes‘ nach dem betrieblichen Durchschnittsertrag, der zur angemessenen Erhaltung einer mindestens fünfköpfigen Familie ausreicht, ohne jedoch das Vierfache dieses Ertrages zu überschreiten.

17 SLA, VKS/AdO, 173: AdO-Hauptleitung/Abteilung Statistik (Pernthaler): Wirtschaftlicher Ansiedlungsplan für die Südtiroler Volksgruppe (Entwurf), Bozen, 3.3.1941.

18 SLA, VKS/AdO, 133: Wilhelm Tapfer an Peter Hofer, Bozen, 4.4.1941; zu dieser Denkschrift siehe bereits: STUHLFARRER, Umsiedlung, Bd. 2, S. 698–701.

unzuverlässigen ‚Deutschstämmigen‘ sowie ‚Fremdstämmigen‘.¹⁹ Sie erhob die Südtiroler gewissermaßen zum volksbiologischen Neuadel. Als ‚Volksdeutsche‘ sollten sie im ländlichen Streusiedlungsraum ausschließlich, im dörflichen Bereich mehrheitsbildend und als Träger des Eindeutschungsprozesses, im städtischen Raum schließlich gemeinsam mit ‚deutschstämmigen‘ Bevölkerungsgruppen als Mehrheitsbevölkerung angesetzt werden, wobei ihnen allenthalben die jeweiligen politischen und ökonomischen Schlüsselstellungen zu übertragen waren.

Die Siedlungsentwürfe der AdO gingen keineswegs auf ausgewiesene Planungsexperten zurück. Die zugrundeliegenden bevölkerungspolitischen Ordnungskonzepte sind indes unverkennbar im Aufbau des nationalsozialistischen Rassenstaates zu verorten. Sie basierten auf einer rassistischen Ausdeutung von ‚Bevölkerung‘, die als biologische Einheit verstanden wurde und in quantitativer wie qualitativer Hinsicht steuernder staatlicher Intervention zu unterwerfen war. Biologische Wertzuschreibungen im Verbund mit volkswirtschaftlichen Effizienzerwägungen etablierten eine vertikale Differenzierung der Gesellschaft, in der sozialhygienische Vorstellungen von Segregation und genetischer Selektion, Ausmerze und Homogenisierung integrale Bedeutung hatten. Hier ist an Sozialtechniken zu erinnern, die von der AdO initiiert oder nachdrücklich mitgetragen wurden: an die erbbiologische Erfassung und Durchmusterung der Bevölkerung, an Separation und Entfernung von psychisch Kranken sowie von gewissen

19 SLA, VKS/AdO, 133: Wilhelm Tapfer an Peter Hofer, Bozen, 4.4.1941. Einer privilegierten ‚Menschenkategorie A‘ rechnete Tapfer politisch zuverlässige ‚deutschrassige Menschen‘ zu (‚Reichs- und ‚Volksdeutsche‘, darunter die Mehrheit der Südtiroler Umsiedler). Unter Kategorie B wurden politisch zuverlässige ‚Gemischtrassige‘ bzw. nicht oder nur teilweise ‚Deutschstämmige‘ gezählt, so vor allem Ladinern, Teile der Bevölkerung der italienischen Mehrheitsgemeinden des Bozner Unterlandes sowie „gemischtrassige Umsiedler anderer Volksgruppen“ („vermischte Ostvolksdeutsche“). In Kategorie C fasste Tapfer alle politisch unzuverlässigen oder nicht ‚deutschführenden‘ ‚Deutschstämmigen‘ zusammen, hierunter insbesondere denjenigen ursprünglichen Bevölkerungsteil des Neusiedlungsgebietes, der als ‚deutschstämmig‘ anzusehen und dessen „Bluterhaltung im Siedlungsgebiet erwünscht“ war, „aber eingedeutscht werden“ sollte. Nicht ‚deutschstämmige‘ und politisch unzuverlässige Bevölkerungsgruppen („Franzosen, Polen, Italiener, Belgier usw.“), die nur vorübergehend als Arbeitskräfte im Neusiedlungsgebiet zu dulden waren, ordnete er der Kategorie D zu. Im ländlichen Streusiedlungsraum sollten nach Tapfer ausschließlich Deutsch-Südtiroler angesetzt und als zeitweilige Arbeitskräfte allenfalls die der Kategorie C zugewiesenen Deutschstämmigen geduldet werden. „D-Gefolgschaft kann [dort] nur in äußerst seltenen Fällen eingesetzt werden [...]. Jedoch ist in diesem Falle [...] darauf zu achten, dass eine Blutsvermischung nicht zustande kommt. [...] Wo ein D-Gefolgschaftsmitglied vorhanden ist, muss im Betrieb und in der nächsten Umgebung die geschlechtsreife A- und C-Bevölkerung so gepaart sein, dass einige A- und C-Menschen gleichen Geschlechtes wie das D-Gefolgschaftsmitglied übrig bleiben. Unter dieser Voraussetzung darf man annehmen, dass die A- und C-Menschen aus innerem Trieb eine Blutsvermischung mit dem D-Menschen verhindern werden.“ Deren Ansiedlung böte sich bei sichergestellter Bevölkerungsmehrheit und Besetzung politisch-ökonomischer Schlüsselpositionen seitens der Deutsch-Südtiroler speziell im dörflichen Siedlungsgebiet an, da das Dorf „als der geeignetste [sic] Eindeutschungsort für die C-Menschen angesehen werden“ könne. Städtische Siedlungen sollten dem Ansatz aller Siedlergruppen offenstehen, wobei aber auch hier Deutsch-Südtiroler, daneben ‚politisch zuverlässige Gemischtrassige‘ die Mehrheit zu bilden hatten.

Gruppen physisch Kranker, von sozial auffälligen Personen und Juden. Option und Umsiedlung wurden durch ihre totalitäre Bürokratisierung und über ein System repressiver Erfassungsverfahren zu einem Prozess der Selektion, der nicht zuletzt eine verstärkte, hochgradig prekäre Psychiatrisierung und Hospitalisierung von alten, kranken und behinderten Personen zeitigte.²⁰ In ihren Siedlungsplänen ging die AdO von einem stratifikatorischen Gesellschaftsmodell aus, in dem biologisch-rassistische Kategorien soziale Ungleichheit bzw. Stattsicherung legitimierten. Sie hatte durch ihre soziographische Wissensproduktion, durch Beschaffung und Aufbereitung grundlegender Sozialdaten, einen keineswegs zu unterschätzenden Einfluss auf die Bevölkerungs- und Sozialraumplanung des RKF. Dass diese – wie nachfolgend gezeigt wird – im vorliegenden Falle letztlich nahezu keine Umsetzung fand, erscheint sekundär. Vielmehr sind die bevölkerungs-, sozial- und raumpolitischen Ordnungsvorstellungen, deren Lancierung und Realisierungsabsichten durch die nationalsozialistische ‚Volkgruppenführung‘ Südtirols einer historiographischen Auffassung entgegensetzen, welche die Geschichte des Landes im 20. Jahrhundert als eine Geschichte fortgesetzter Fremdbestimmung sieht und Südtiroler Täter- und Mittäterschaft weithin ausblendet.

3. ‚Rassische Aufforstung‘: Siedlungsprogramme in Nordtirol

Bereits während der ersten Planungsphase zur Südtiroler Umsiedlung hatte festgestanden, dass dem Gau Tirol-Vorarlberg ein bestimmtes ‚Umsiedlerkontingent‘ überlassen und dieses später nicht in dem vom RKF noch zu bestimmenden geschlossenen Neusiedlungsgebiet für das Gros der Umsiedler zum ‚Einsatz‘ kommen werden würde. Der Nordtiroler Gauleiter Franz Hofer (1902–1975) reklamierte dabei nichts weniger als die Verfügungsgewalt über die ‚rassische Elite‘ Südtirols und deren ‚Ansetzung‘ in seinem Herrschaftsbereich. Die Aufgabe des ‚Tiroler Siedlungsraumes‘ südlich des Brenners sollte im nördlichen Landesteil im Gegenzuge immerhin Maßnahmen eines geopolitisch und agrarsoziologisch motivierten *racial engineering* ermöglichen. Für Hofer zeichnete sich die „einmalige Gelegenheit“ ab, „Nordtirol einen Blutstromzuwachs von 2.750 rassistisch ausgewählten [...]“

20 Im Detail sei verwiesen auf die Verlegung von alten, kranken und behinderten Südtiroler Patienten in Einrichtungen im Deutschen Reich (siehe: TLA, Deutsche Umsiedlungs-Treuhandgesellschaft GmbH [DUT], Karton 5, Positionen 56 und 58) sowie an die Erfassung und Untersuchung von Taubstummen und ‚Kretinen‘, die durch verschiedene Südtiroler Ärzte unter Leitung von Rudolf Jungwirth, Mitarbeiter des Amtes für Gesundheitsführung der AdO in Meran, durchgeführt wurden (siehe: Universitätsarchiv Innsbruck, Sammlung Helmut Scharfetter); organisatorisch waren daran die AdO-Ämter für Gesundheitsführung (Hermann Pedoth) und Wohlfahrt (Anton Sehnert) sowie die Sippenkanzlei (Hermann Zelger), ferner in der AdO-Kreisleitung Meran das Amt für Gesundheitsführung (Franz Haller) und das Sozialamt (Robert Plant), in der ADERSt der Beauftragte des Amtes für Gesundheitsführung der Reichsärztekammer/Amt Auslandsabteilung (Walther Simek) beteiligt. Erinnerung sei ferner an die Überführung Südtiroler Strafgefangener und deren teilweise Überstellung in deutsche Konzentrationslager (siehe: SAB, Rgk. Bz., Ordner 331 ris.).

guten Südtiroler Familien zukommen zu lassen“, um dort gegenüber Italien aus ‚grenzkämpferproben‘ Bergbauern einen dichtbevölkerten „Grenzwall [...] mit bestem deutschen Blut“ aufzurichten.²¹

Speziell in Tirol war die bergbäuerliche Gesellschaft seit den 1920er Jahren vermehrt Gegenstand volkskundlicher, bevölkerungs-, siedlungs-, wirtschafts- und sozialgeschichtlicher Untersuchungen gewesen. Vor allem in den archaisierenden Studien des Historikers und Volkskundlers Hermann Wopfner (1876–1963) gerann das Tiroler Bergbauerntum zu einem von Statik geprägten Idealbild. Die vermeintlich genuinen kulturellen und ‚biologischen‘ Werte der bergbäuerlichen Bevölkerung – als ureigene Grundlagen der ‚Volksgemeinschaft‘ und Quelle für deren Erneuerung identifiziert – machten das heroisierte Bergbauerntum zur Projektionsfläche eines rassischen, agrarromantischen Nationalismus. Trotz seines ambivalenten Verhältnisses zum NS-Regime erfreuten sich Wopfners Bergbauernstudien des Wohlwollens von Universitätsrektor Harold Steinacker (1875–1965) und der Unterstützung der politischen Führung.²² So sah beispielsweise auch der volkspolitische Dezernent der Tiroler Gauleitung, Wolfgang Steinacker (1906–1996), Sohn des erwähnten Innsbrucker Historikers, im „biologisch so erwünschte[n] Bergbauerntum“ den „wertvollste[n] Teil der Südtiroler Umsiedler“. ²³ Steinacker, der während seines Studiums u.a. bei Hermann Wopfner gehört hatte und in seiner späteren Amtsstellung teilweise mit den Südtiroler Siedlungsplanungen befasst war, übernahm 1941 die Geschäftsführung der in Innsbruck ansässigen Alpenländischen Forschungsgemeinschaft.²⁴ Diese hatte 1935 und neuerlich 1942 die durchaus auch an qualitativer Demographiegeschichte interessierten bevölkerungsgeographischen und agrarsoziologischen Bergbauernforschungen

21 Bundesarchiv Berlin (BArch), NS 2/164: Curt von Gottberg an Himmler, Prag, 12.7.1939.

22 Wolfgang Steinacker versicherte Wopfner im November 1942 das lebhafteste Interesse an einer ehestmöglichen Fertigstellung seiner wissenschaftlichen Arbeiten zur Bergbauernfrage; siehe: TLA, Landesstelle für Südtirol bzw. Landeshauptmannschaft für Tirol, Abt. VIII k, Allgemeine Reihe 1945, Fasz. 2, Nr. 450: Wolfgang Steinacker an Hermann Wopfner, Innsbruck, 4.11.1942; siehe ferner: James R. Dow/Olaf BOCKHORN, *The Study of European Ethnology in Austria*, Aldershot/Burlington 2004, S. 117.

23 Stadtarchiv Bozen, Arbeitsgemeinschaft der Opatanten: Handschriftliches Rohmanuskript eines volkstumpolitischen Berichtes Wolfgang Steinackers, undatiert. Zu Wolfgang Steinacker siehe: Michael WEDEKIND, Artikel „Wolfgang Steinacker“. In: Ingo HAAR/Michael FAHLBUSCH (Hgg.), *Handbuch der völkischen Wissenschaften: Personen, Institutionen, Forschungsprogramme, Stiftungen*, München 2008, S. 656–661; DERS., „Wir arbeiten hier an der zukünftigen Gestaltung der Südmark“: Nationalsozialistische Volkstumpolitik in der Operationszone Alpenvorland (1943–1945). In: Andrea DI MICHELE/Rodolfo TAIANI (Hgg.), *Die Operationszone Alpenvorland im Zweiten Weltkrieg*, Bozen 2009, S. 59–77.

24 Zur Alpenländischen Forschungsgemeinschaft siehe: Michael FAHLBUSCH, *Die Alpenländische Forschungsgemeinschaft – eine Brückenbauerin des großdeutschen Gedankens?* In: Robert ALLGÄUER (Hg.), *Grenzraum Alpenrhein: Brücken und Barrieren 1914 bis 1938*, Zürich 1999, S. 137–233; Michael WEDEKIND, *Alpenländische Forschungsgemeinschaft*. In: Ingo HAAR/Michael FAHLBUSCH (Hgg.), *Handbuch der völkischen Wissenschaften: Personen, Institutionen, Forschungsprogramme, Stiftungen*, München 2008, S. 27–38. Zu den Volksdeutschen Forschungsgemeinschaften insgesamt: Michael FAHLBUSCH, *Wissenschaft im Dienst der nationalsozialistischen Politik? Die „Volksdeutschen Forschungsgemeinschaften“ von 1931–1945*, Baden-Baden 1999.

des Innsbrucker Volkswirtschaftlers und Statistikers Ferdinand Ulmer (1901–1974) finanziert.²⁵ ‚Volksbiologisch‘ orientiert waren schließlich teilweise auch die bevölkerungshistorischen Arbeiten des Tiroler Historikers Franz Huter (1899–1997). Dem Lehrstuhlnachfolger Wopfners ging es um eine komplexe siedlungshistorische Analyse des Bevölkerungsschwundes in alpinen Höhensiedlungslagen, um mit Planungsgrundlagen für agrarökonomische, agrarsoziologische und rassistisch-bevölkerungspolitische Interventionen der Politik zur Verfügung stehen zu können: „Die Wiederbesiedlung dieser Höhen, denen so viel urkräftiges Volkstum entwuchs“, so Huter 1939 mit Blick auf das Bergbauerntum, einem bei ihm auch rasseideologisch aufgefüllten Topos, würde „unserem Volke zweifellos wertvollste Menschen gewinnen“.²⁶ Die Relevanz der zitierten Arbeiten ist nicht primär etwa in einer konkreten bevölkerungspolitischen Anschlussfähigkeit zu sehen; mit ihnen wurden vielmehr Leitbilder und Wertvorstellungen entworfen, derer „Planung als systematische Vorbereitung und Ordnung als institutionell verankerte Durchführung eines Zieles“²⁷ zwingend benötigen.

Eine erste Expertise zur ‚Ansetzung‘ Südtiroler Bergbauern in Nordtirol stammte vom Leiter des Amtes für Agrarpolitik und Vertreter des Reichsnährstandes in der Gauleitung Tirol-Vorarlberg, Friedrich Lantschner (*1903), später zugleich Mitglied der Zweigniederlassung Innsbruck der Deutschen Umsiedlungs-Treuhandgesellschaft (DUT).²⁸ In seiner Schrift vom 7. Juli 1939 verknüpfte Lantschner bevölkerungspolitische mit agrar- und soziostrukturellen Interventionen, für die ein Finanzvolumen von insgesamt 500 Millionen Reichsmark veranschlagt wurde. Die rassenpolitisch geforderte Eingliederung von ungefähr 2.750 der mutmaßlich 18.000 bis 22.000 Südtiroler Bauern sah er an die Modernisierung, Intensivierung und Sanierung der Tiroler Agrarwirtschaft gebunden, um eine weitere Forcierung bestehender Strukturdefizite und ein Fortschreiten der Bergflucht zu verhindern.²⁹ In seinen Umsiedlungsplanungen brachte Lantschner des weiteren die Rückgliederung

25 Ulmer gelangte nach Tätigkeit in der Tiroler Landesstelle für Bauernentschuldung auf Betreiben seines Innsbrucker Lehrers, des Soziologen, Rechts- und Staatswissenschaftlers Adolf Günther, im Jahre 1940 auf das Innsbrucker Extraordinariat für Volkswirtschaftslehre.

26 Franz HUTER, Die Besiedlung des „Landes im Gebirge“. Ein Beispiel alpiner Siedlungsgeschichte. In: Zeitschrift des Deutschen Alpenvereins (Jahrbuch) 70 (1939), S. 194–198, hier S. 197. – Zu Franz Huter siehe: Michael WEDEKIND, Franz Huter (1899–1997): „Verfügen Sie über mich, wann immer Sie im Kampfe um die Heimat im Gedränge sind“. In: Karel HRUZA (Hg.), Österreichische Historiker 1900–1945: Lebensläufe und Karrieren in Österreich, Deutschland und der Tschechoslowakei in wissenschaftsgeschichtlichen Porträts. Bd. 2, Wien 2011.

27 Hans BACH, Das agrarpolitische Leitbild in der ländlichen Planung Österreichs. In: Sociologia ruralis 2, 1–2 (1962), S. 125–132, hier S. 125.

28 BArch, NS 2/164; Friedrich Lantschner: Erhöhung der landwirtschaftlichen Bevölkerung in Tirol, Innsbruck, 7.7.1939. Lantschner ging unter Hinzurechnung von Familienangehörigen und erforderlichen Landarbeitern von ungefähr 18.000 umzusiedelnden Personen aus.

29 In diesen Zusammenhang fügt sich das vom Tiroler Gauamt für Agrarpolitik alsbald in Angriff genommene ‚Bergbauernsanierungswerk‘, das wirtschaftlich-infrastrukturelle Maßnahmen sowie die Neuanlage und Umstrukturierung dörflicher Siedlungen mit einem ideologischen Einbruch des Nationalsozialismus‘ in die bergbäuerliche Gesellschaft zu verbinden beabsichtigte.

Osttirols an den Gau Tirol-Vorarlberg ins Spiel. Entscheidend war aber die Frage nach Bereitstellung neuer Betriebsflächen in einer vorwiegend von Kleinbesitz gekennzeichneten Landwirtschaft. Durch Bodenverbesserung vor allem im Rheintal, Wiederbesetzung aufgegebenen Hofstellen an der Siedlungsgrenze und Teilung einiger bäuerlicher Großbetriebe glaubte Lantschner, 1.250 Höfe gewinnen zu können. Weitere 1.500 Hofstellen sollten durch „Bereinigung ungesunder Besitzverhältnisse“, vor allem aber durch die Enteignung von überschuldeten, „leistungsmäßig und blutsmäßig schwachen Familien“ verfügbar werden. Damit standen nicht nur die rassische Durchmusterung und Auslese der Südtiroler Umsiedler zur Isolierung des erbbiologisch vermeintlich wertvollen bergbäuerlichen ‚Gen-Pools‘ an, sondern auch die Selektion und Segregation genetisch und sozial minderwertiger Nordtiroler Bauern durch das Siedlungsamt der SS und die Innsbrucker Gauleitung.

Während 1939 Übereinstimmung darüber herrschte, dass das übrige ‚Siedlerkontingent‘ vermutlich im Reichsprotektorat Böhmen und Mähren ‚anzusetzen‘ war, blieb hingegen die Nordtiroler Umsiedlerquote zwischen dem RKF und Gauleiter Hofer vorderhand strittig. War Himmler im Mai des Jahres zunächst von 20.000 bis 30.000 agrarwirtschaftlich abhängigen Personen ausgegangen, so wurde in Innsbruck über die Südtiroler Bergbauern hinaus bald Anspruch auf insgesamt 45.000, im April 1940 schließlich offenbar auf bis zu 60.000 Umsiedler erhoben.³⁰ Die Zahl der anzusiedelnden Bauernfamilien legte der RKF Ende Januar 1940 dann jedoch zunächst auf 800, im Oktober auf 400 fest. Erhebungen der Planungsbehörden ergaben im Herbst des Folgejahres sogar, dass in Nordtirol nicht mehr als 200 bis 300 wirtschaftlich rentable Hofstellen zur Verfügung gestellt werden könnten.

Die Innsbrucker Umsiedlungsbehörden unterzogen die zur ‚Ansetzung‘ ausgewählten Südtiroler Bauern nicht nur einer betriebsfachlichen, sondern auch einer rassenpolitischen Überprüfung. Unter Meldung an das Stabshauptamt des RKF verweigerten sie den ‚Wiederansatz‘, sofern dieser „aus schwerwiegenden Gründen (z.B. Erbkrankheit o.ä.) als widersinnig oder dem

30 Anstelle der vom RKF vorgesehenen Bereitstellung von 600 Nordtiroler Höfen hatte Gauleiter Hofer zunächst an 2.000 bis 3.000 Hofstellen für Umsiedler aus der Provinz Bozen festgehalten. Bereits anlässlich der als Testfall geplanten Umsiedlung der Gemeinde Brenner musste jedoch im Frühjahr 1940 konstatiert werden, dass in Nordtirol die dafür bis Jahresmitte benötigten 186 Höfe nicht würden zur Verfügung gestellt werden können, woraufhin schließlich Ende August die Umsiedlungsplanung zur Gemeinde Brenner eingestellt wurde. – Den Innsbrucker Quotenforderungen (ebenso wie dem einzig für Nordtirol geltenden unbeschränkten Niederlassungsrecht für Italien-Umsiedler) stand auch die Südtiroler AdO kritisch gegenüber. Zwar wurden in Bozen die Ansprüche der Innsbrucker Gauleitung „auf Verstärkung („Aufforstung“) ihrer Bevölkerung“ und die „Norwendigkeit, den ‚Südwall‘ widerstandsfähig zu gestalten“, anerkannt; gleichwohl befürchtete man, „dass uns der Gau Tirol weiteres wertvolles Menschenmaterial und Vermögenswerte entzieht“ und der möglichst geschlossen umzusiedelnde ‚Südtiroler Volkskörper‘ einer Zersplitterung entgegengehe; SLA, VKS/AdO, 133: Gedanken zur Umsiedlungslenkung (ohne Verfasser und Datum); sowie ebd.: Vermerk Siegfried Ebner, 18.4.1940. Die Innsbrucker Umsiedlungsdienststellen wiederum beklagten mehrfach die ihnen auferlegte ‚Hereinnahme‘ nicht voll einsatzfähiger Personen.

Allgemeinwohl widersprechenderachtet“ wurde.³¹ Das RKF-Hauptamt Planung und Boden erbat sich in Hinblick auf weitere Siedlungsplanungen Auskunft über den Einfluss der „veränderte[n] Umwelt auf die Leistungsfähigkeit der umgesiedelten Südtiroler“.³² Indes vermochte die DUT bis 31. Dezember 1941 letztlich nur 156 Ersatzhöfe, zumeist kleinere Hofstellen, zu erwerben und davon lediglich 28 an Südtiroler Umsiedler zu übergeben.³³

4. „Völkischer Schutzwall im Südosten“: Siedlungsplanungen in den Gauen Kärnten und Steiermark

Ebenso wie später für die deutschen Zivilverwaltungschefs in Luxemburg und Lothringen³⁴, so hatte sich bereits zuvor schon für die Gauleitungen in Klagenfurt und Graz eine Einschaltung in die Südtiroler Umsiedlungsplanungen mit der Perspektive verbunden, den ‚Siedleransatz‘ im Rahmen aggressiver volkstumpolitischer Interventionen zu instrumentalisieren. Die von verschiedenen Stellen in Kärnten und Steiermark in Vorschlag gebrachten Umsiedlungsszenarien verfolgten fast ausnahmslos eine Veränderung der bestehenden „soziologischen und der biologischen Lebensordnung“³⁵ in den gebietsweise gemischtethnischen Grenzlandgauen. Im einzelnen richteten sich die Entwürfe siedlungspolitischer Maßnahmen auf das teilweise slowenisch besiedelte Unterkärnten sowie auf die vormals burgenländischen Verwaltungsbezirke Güssing, Jennersdorf und Oberwart, die mit ihren kroatischen und ungarischen Bevölkerungsgruppen 1938 der Steiermark angegliedert worden waren.

Wenn SS-Obersturmbannführer Alois Maier-Kaibitsch (1891–1953), in Personalunion Leiter des Gaugrenzlandamtes in Klagenfurt sowie der dortigen RKF-Dienststelle, Ende Dezember 1939 für Kärnten festhielt, dass die beabsichtigten Siedlungsmaßnahmen jene Chance auf tiefgreifende volkstumpolitische Intervention eröffneten, „die von uns immer angestrebt wurde und die wir nun mit aller Kraft ausnützen müssen“³⁶, so galt

31 TLA, DUT, Karton 1, Position 19: Greifelt an DUT (Alfred Kulemann), Berlin, 15.5.1941.

32 TLA, DUS, Karton 4, Nr. 50: RKF/Hauptamt Planung und Boden an Dienststelle Umsiedlung Südtirol/Innsbruck, Berlin, 8.5.1941.

33 TLA, DUT, Karton 2, Positionen 34 und 36.

34 Zwischen September 1942 und September 1944 wurden ca. 4.200 Luxemburger durch den Höheren SS- und Polizeiführer Rhein-Westmark deportiert und überwiegend in Schlesien und im Sudetenland untergebracht. Zugleich ordnete der zuständige Chef der Zivilverwaltung im Herbst 1942 die ‚Ansetzung‘ von 300 Südtiroler Umsiedlerfamilien in Luxemburg an. Tatsächlich wurden dort insgesamt lediglich 432 Südtiroler angesiedelt und bis Mitte Mai 1944 durch die DUT 31 Landwirtschaftsbetriebe mit 593 Hektar an Umsiedler aus Südtirol übergeben; siehe: Emile KRIER, Die deutsche Volkstumpolitik in Luxemburg und ihre sozialen Folgen. In: Waclaw DŁUGOBORSKI (Hg.), Zweiter Weltkrieg und sozialer Wandel: Achsenmächte und besetzte Länder, Göttingen 1981, S. 224–241, hier S. 234. – Auch in Lothringen wurden kleinere Südtiroler Umsiedlergruppen untergebracht.

35 Wilhelm ZUCH, Blickwendung zum Osten. In: Konrad MEYER (Hg.), Landvolk im Werden: Material zum ländlichen Aufbau in den neuen Ostgebieten und zur Gestaltung des dörflichen Lebens, Berlin 1941, S. 56–64, hier S. 61.

36 BArch, R 49/3559: Alois Maier-Kaibitsch an Landesbauernführer Josef Hainzl, Klagenfurt, 22.12.1939.

dies in gleicher Weise für die Ambitionen der Grazer Verantwortlichen. Auch lagen in beiden Fällen Ergebnisse entsprechender volkstumswissenschaftlicher Vorarbeiten vor. So waren im Burgenland in den 1930er Jahren speziell siedlungsgeographische und ‚rassekundliche‘ Untersuchungen sowie Erhebungen zu den Besitzumsverhältnissen der Volksgruppen durch die Südostdeutsche Forschungsgemeinschaft, das Südostdeutsche Institut in Graz³⁷ und die Arbeitsgemeinschaft für Raumforschung an der Universität Wien durchgeführt, unterstützt oder koordiniert worden. Dabei hatte die Wiener Arbeitsgemeinschaft seit 1940 auch Arbeiten zur „Festlegung der naturwissenschaftlichen und rassisch-nationalen Grundlagen für die Neugestaltung der Besiedlung im Grenzraum der südlichen und östlichen Steiermark“ veranlasst.³⁸ In Kärnten schlossen sich die Siedlungsplanungen unmittelbar an volkstumspolitische Strategien deutscher ‚Schutzvereine‘ aus der Habsburger Zeit sowie an siedlungspolitische Initiativen der 1920er und 30er Jahre an, die eine vom Kärntner Heimatbund getragene Ansiedlung reichsdeutscher Bauern im slowenischen Siedlungsgebiet verfolgt hatten.³⁹

Nachdem die Gauleitungen in Klagenfurt und Graz bereits im November 1939 dem Chef der Leitstelle für Ein- und Rückwanderung im Persönlichen Stab des Reichsführers-SS, Ulrich Greifelt, auf Anforderung gaubezogenes Kartenmaterial zu den Siedlungsgebieten ethnischer Minderheiten und Bodennutzungskarten übermittelt und die Bereitstellung von jeweils 700 bis 800 Höfen für Südtiroler Umsiedler signalisiert hatten, verfügte Himmler mit Schnellbrief vom 26. Januar 1940 die vordringliche Einweisung kleinerer Umsiedlergruppen – etwa 4.350 Optanten aus dem ladinischen Gröden (Südtirol) und ca. 5.300 Optanten aus dem Kanaltal (Val Canale, Provinz Udine) – nach Kärnten und übertrug die diesbezüglichen Ansiedlungssagenden wunschgemäß dem Klagenfurter Gauleiter. Vorschläge zur Teilansiedlung von Südtirolern in der Steiermark – als Wein- und Obstbauern entlang der jugoslawischen und ungarischen Grenze (wo die Deutsche Ansiedlungsgesellschaft bereits im Februar 1940 mit der Erfassung von Ersatzhöfen befasst war) oder in der Kreisstadt Oberwart –

37 Siehe dazu: Christian PROMITZER, Täterwissenschaft: Das Südostdeutsche Institut in Graz. In: Mathias BEER/Gerhard SEEWANN (Hgg.), Südostforschung im Schatten des Dritten Reiches: Institutionen, Inhalte, Personen, München 2004, S. 93–113.

38 Archiv der Universität Wien (AUW), Nachlass Hugo Hassinger (Nl. Hassinger), Karton 15: Hugo Hassinger an Ferdinand Ulmer, Wien, 23.5.1940.

39 Siehe: Alois MAIER-KAIBITSCH, Reichsdeutsche Siedler in Kärnten. In: Die Welt. Zeitschrift für das Deutschtum im Ausland 10. Jg., 10 (1933), S. 690–692; Karl STUHLPFARRER, Deutsche Volkstumspolitik in Kärnten nach der Volksabstimmung. In: Helmut RUMPLER (Hg.), Kärntens Volksabstimmung 1920: Wissenschaftliche Kontroversen und historisch-politische Diskussionen anlässlich des internationalen Symposiums Klagenfurt 1980, Klagenfurt 1981, S. 326–335; DERS./Leopold STEURER, Die OSSA in Österreich. In: Ludwig JEDLICKA/Rudolf NECK (Hgg.), Vom Justizpalast zum Heldenplatz: Studien und Dokumentationen 1927 bis 1938, Wien 1975, S. 35–64; Tone ZORN, Kärntner Heimatbund in naseljevanje rajhovskih Nemcev na Koroško [Der Kärntner Heimatbund und die Ansiedlung von Reichsdeutschen in Kärnten]. In: Vestnik koroških partizanov 11. Jg., 1 (1977), S. 17–22.

wurden indes unter Hinweis auf die dadurch implizierte Zersplitterung der ‚völkischen Kampfkraft‘ der Südtiroler und die bevorstehende Zuweisung eines geschlossenen Siedlungsgebietes abgewiesen.⁴⁰

Die Ansiedlung von „bauernfähigen, erbgesunden und vor allem auch politisch einwandfreien“⁴¹ Kanaltalern war in Kärnten für das Gebiet „westlich und nördlich der Linie Möderndorf, Hermagor, Villacher Alpe, Villach, Ossiacher Tauern, Klagenfurt, Pischeldorf, Puistritz und Lavamünd“ vorgesehen.⁴² Auf diesen Raum bezogen sich seit Mitte 1940 zugleich die Ansatzplanungen für die Grödner Umsiedler, nachdem sich die zunächst vom Reichsführer-SS am 13. Januar 1940 angeordnete Einweisung in den Kreis Lienz (Osttirol) auf Grund unzureichender Siedlungsflächen als undurchführbar erwiesen hatte.⁴³ Die überarbeiteten Planungen der Klagenfurter RKF-Dienststelle vom September 1940 gingen nun jedoch vom Grundsatz einer geschlossenen Ansiedlung der Grödner weitgehend ab und ventilierten eine schon Anfang August beim RKF vorgetragene ‚Ansetzung‘ nicht mehr allein in Osttirol, sondern auch in den Unterkärntner Kreisen Feldkirchen, Sankt Veit an der Glan, Völkermarkt und Wolfsberg. Insbesondere wurde in beiden Fällen auf den stark slowenisch besiedelten Raum Eisenkappel–Zell Pfarre verwiesen, wo „rund 290 Höfe existieren, die ausschließlich in volksfremden Händen sind“, und die „Bereinigung der Volkstumsfragen [...] nahe zu sein“ schien.⁴⁴ Diese erfolgte in ganz Unterkärnten schließlich jedoch erst im April 1942 mit der Deportation von 1.075 ‚volks- und staatsfeindlichen‘ Slowenen. Am 6. November 1943 wurden zudem Teile der Kreise Klagenfurt,

40 In der Steiermark fand eine zahlenstarke ‚Ansetzung‘ Südtiroler Optanten vor allem Fürsprache durch den Grazer Umsiedlungsbeauftragten Karl Struzl, durch den Leiter des Amtes für Agrarpolitik in der Gauleitung Steiermark und Führer der Landesbauernschaft Südmark, Josef Hainzl, und den steirischen Gauinspekteur Alfred Fleischmann.

41 „Sie schließen die Lücken im Grenzwall: Kanaltaler Bauern siedeln in Kärnten“. In: Kärntner Grenzruf, Klagenfurt, 6.5.1942.

42 Arhiv Republike Slovenije, Ljubljana (ARS), 1931, 566: Gaugrenzlandamt Kärnten (Albert von Gayl) an DUT Klagenfurt, Klagenfurt, 15.4.1941.

43 Im optantberechtigten Teil Ladinens entschieden sich ca. 40 % der Bevölkerung (ca. 7.300 Personen) für die Auswanderung ins Deutsche Reich. Tatsächlich umgesiedelt wurden etwa 2.500 Personen. In Gröden lag der Prozentsatz der Optanten mit mehr als 80 % wesentlich höher. Die Ansiedlung der Grödner Ladinern in Osttirol ging auf einen Vorschlag des NSDAP-Kreisleiters von Lienz, SA-Standartenführer Carl Kittner, zurück. Hier schien das gesamte obere Drautal bis auf die Höhe von Dölsach und Iselsberg unter Hinzunahme von Siedlungsflächen im Kreis Spittal (drauabwärts bis Greifenburg und Steinfeld) eine dem spezifischen Wirtschaftsgefüge Grödens entsprechende Ansiedlung zu ermöglichen. Tatsächlich erwies sich der Raum nach einer Machbarkeitsstudie der RKF-Dienststelle Klagenfurt, welche auf sozialgeographische und agrarsoziologische Probleme sowie auf die Notwendigkeit umfangreicher Meliorations- und Erschließungsarbeiten hinwies, rasch als ungeeignet. Auch blieb die Zahl verfügbarer Bauernhöfe weit hinter den Bedürfnissen zurück. Ferner meldeten Vertreter der Grödner Umsiedler, die nach einer Besichtigungsreise anfänglich einer Ansiedlung in Osttirol zugestimmt hatten, Bedenken an, da die Beschaffenheit des Gebietes eine Zerreißung der Volksgruppe wahrscheinlich machte. – Für die Durchführung der Umsiedlungsagenden bestand in Lienz seit März 1940 eine Zweigstelle des Gaugrenzlandamtes Klagenfurt unter dem mit Kärntner Raum- und Wirtschaftsplanungen befassten SD-Angehörigen Konrad Nimpfer.

44 BArch, R 49/3559: Konrad Nimpfer, Planungsbericht, Klagenfurt, 13.9.1940, als Anlage zu Schreiben Alois Maier-Kaibitschs an RKF, Klagenfurt, 13.9.1940. Maier-Kaibitsch setzte indes hinzu, dass über den Raum Eisenkappel–Zell Pfarre augenblicklich nicht verfügt werden könne.

Villach, Völkermarkt und Wolfsberg zum ‚Siedlungsbereich‘ im Sinne des Führererlasses vom 7. Oktober 1939 über die Festigung deutschen Volkstums erklärt.

Jenseits einer grundsätzlich ablehnenden Haltung gegenüber der Kanaltaler Umsiedlung, wie sie vom Kärntner Landeshauptmannstellvertreter Wladimir von Pawlowski (1891–1961) bekannt ist⁴⁵, traten innerhalb der zuständigen Umsiedlungsbürokratie deutliche Divergenzen hinsichtlich Verfahrens- und Zielperspektiven hervor; dabei spielte teilweise auch das Rivalisieren verschiedener Kärntner NS-Herrschaftsträger eine Rolle. Stark unterschiedlicher Bewertung unterlag beispielsweise die Frage nach ‚rassischer‘ Stellung und volkstumpolitischer Verlässlichkeit der nicht-deutschen Umsiedler: Für die Ansiedlung der 2.072 Kanaltaler Slowenen (‚Windische‘), deren Optionsrecht zwischen deutschen und italienischen Dienststellen zunächst strittig gewesen war, wurden schließlich in Kärnten die grenzferneren Räume Sankt Veit an der Glan und Wolfsberg in Aussicht genommen⁴⁶, obwohl Maier-Kaibitsch noch im November 1939 vor einer solchen Stärkung der slowenischen Volksgruppe im Gau gewarnt und eine Umsiedlung ins Innere des Reiches empfohlen hatte — eine Position, die vor dem Hintergrund der bevorstehenden Annexion der slowenischen Oberkrain und der dort einzuschlagenden NS-Eindeutschungspolitik inzwischen überwunden war. Rasseideologisch begründete Reserven bestanden auch gegenüber den offiziell als ‚Volksdeutsche‘ aufgefassten Grödner Ladinern, deren geschlossene Umsiedlung nicht allein auf Grund des Mangels an verfügbaren Ersatzhöfen scheiterte: Der Bozner ADERSt galt es bei der Siedlungsplanung „als Prinzip [,] aber auch als Amtsgeheimnis [,] dass wir keinen geschlossenen Ladinerblock wünschen.“⁴⁷ Gleichfalls hielten die Gauleitungen Tirol-Vorarlberg und Steiermark letztlich einen volkstumpolitischen ‚Siedlereinsatz‘ der Ladiner für problematisch. Mehr noch hegte SS-Untersturmführer Albert von Gayl (*1904), Leiter der Hauptabteilung I der Landesbauernschaft Südmark in Graz und Sachbearbeiter der Dienststelle Umsiedlung Südtirol der Gauleitung Kärnten, grundsätzliche Vorbehalte nicht nur gegenüber einer ‚Ansetzung‘ der Grödner, sondern auch von Deutsch-Südtirolern, die seinem Dafürhalten nach nicht den Auslese Kriterien der ‚Neubildung deutschen Bauerntums‘ entsprachen.

45 Zur Haltung Pawlowskis siehe: August WALZL, „Als erster Gau ...“. Entwicklungen und Strukturen des Nationalsozialismus in Kärnten, Klagenfurt 1992, S. 219.

46 ARS, 1605, 36, 1, 2: Leiter SD-Außenstelle Klagenfurt an SD-Nebenstelle Schiefling, Klagenfurt, 21.11.1940. – Zahlenangabe der slowenischen Optanten im Kanaltal nach: Archivio di Stato di Udine, Prefettura di Udine, b. 28, fasc. 90: Telegramm Präfektur Udine (Marcello Bofondi) an Innenministerium, 1.1.1940.

47 SAB, Rgk. Bz., Ordner 330 ris., Faszikel H: Bericht über die ADERSt-Zweigstellenbesprechung vom 26.6.1940.

Gayl war auf Ansuchen Maier-Kaibitschs Anfang 1940 mit Erfassung von Ansiedlungsflächen und volkstumpolitisch bestimmter Siedlerauswahl beauftragt worden. Im Sinne Walther Darrés (1895–1953)⁴⁸ ging es ihm, wie er eingangs des Jahres 1940 gegenüber dem Reichskommissar und Reichsnährstand forderte, auch für Kärnten um die Verzahnung von Umsiedlungsmaßnahmen einerseits mit agrarsozialer Umschichtung, rasseideologisch bestimmter Neubildung deutschen Bauerntums und Aspekten bäuerlicher Elitenbildung andererseits. So wies Gayl, der auf Grund seiner gleichzeitigen Dienstunterstellung unter das Reichsernährungsministerium und gewisser Eigenmächtigkeiten verschiedentlich in Kärntner SS-Kreisen aneckte, darauf hin, dass bei der Ansetzung der ausschließlich kleinbäuerlichen Kanaltaler Optanten in Kärnten eine ‚Verproletarisierung des Gaubietes‘ vermieden und den geeigneten Umsiedlern vielmehr Betriebe von ‚Erbhofgröße‘ zugewiesen werden müssten.⁴⁹ Dagegen sahen Maier-Kaibitsch und der stellvertretende Kärntner Gauleiter Franz Kutschera (1904–1944) landwirtschaftliche Betriebsgrößenverteilung und Sozialraumordnung nicht primär an Kriterien betriebswirtschaftlicher, sondern volkstumpolitischer Effizienz gebunden. Sie drängten daher auf die Bereitstellung von Ersatzhöfen, die den Betriebsgrößen im Herkunftsgebiet (‚Zwerghöfe‘) zu entsprechen hätten, da zur Bewirtschaftung größerer Höfe zusätzliche, vorwiegend ‚minderrassige‘ Arbeitskräfte benötigt würden. In diesem Zusammenhang sei beispielsweise auch an Vorstellungen Artur von Machuis (1904–1971), Mitarbeiter im RKF-Hauptamt Planung und Boden, erinnert, der bei der Sozialplanung des ‚Ostraumes‘ ebenfalls eine ‚Invasion‘ nicht-deutscher Landarbeiter verhindert, dagegen deutschen klein- und mittelbäuerlichen Siedlern und Landarbeitern soziale Aufstiegschancen geboten wissen wollte.⁵⁰

Faktisch jedoch – und unabhängig von diesen eben auch für die Planung der Ostsiedlung charakteristischen Fragen – gelang es den Kärntner Dienststellen, die anfänglich von ungefähr 550 anzusiedelnden Kanaltaler Bauern ausgegangen waren, bis zum Abbruch der Umsiedlungsaktion im Herbst 1943 nur mühsam, überhaupt Ersatzhöfe bereitzustellen. Bis Mitte Juli des Jahres waren lediglich 100 kleinere Landwirtschaftsbetriebe und 150 Höfe, darunter 68 sogenannte ‚W-Höfe‘ (‚Windischenhöfe‘), sowie zwölf

48 Siehe: Walther DARRÉ, Bauer und Landwirt. In: DERS., Um Blut und Boden. Reden und Aufsätze, München 1941, S. 208 f.: „Siedlung [hat] nur einen völkischen Sinn [...], wenn sie ‚Neubildung des deutschen Bauerntums‘ bedeutet.“

49 TLA, DUT, Karton 7, Position 180: DAG (Aengenheister) an DAG-Geschäftsstelle Innsbruck, Berlin, 14.3.1940.

50 Siehe: Artur von MACHUI, Zur Neuordnung der bäuerlichen Betriebe und ihrer Arbeitsverfassung. In: Konrad MEYER (Hg.), Landvolk im Werden: Material zum ländlichen Aufbau in den neuen Ostgebieten und zur Gestaltung des dörflichen Lebens, Berlin 1941, S. 212–240, bes. S. 227 und 237.

nicht-landwirtschaftliche Liegenschaften aus vormalig slowenischem Besitz übergeben worden.⁵¹

Eine Umorientierung hinsichtlich Strategie und Zielperspektive der Umsiedlung hatte zuvor der Balkanfeldzug im April 1941 eröffnet. Im Zuge expansiver bevölkerungspolitischer Neuordnungen und Eindeutschungsmaßnahmen und vor dem Hintergrund der Ansiedlungsprobleme im Reichsgebiet wurden nunmehr auch die halbannektierten slowenischen Gebiete Oberkrain und Untersteiermark unter der Zivilverwaltung des Klagenfurter bzw. Grazer Gauleiters in die Südtiroler Umsiedlungsplanungen einbezogen. Schon am 15. April 1941, zwei Tage vor der Kapitulation Jugoslawiens, unterrichtete Albert von Gayl die Klagenfurter Zweigstelle der DUT, dass in Kärnten vorläufig eine weitere ‚Ansetzung‘ von Deutsch-Kanaltaler Bauern unterbleibe. In einer zehn Tage später folgenden Anordnung des Reichskommissars wurde dann zwar zur „Bereinigung der volkspolitischen Lage“⁵² weiterhin an den Ansiedlungen in Unterkärnten festgehalten — nun im Verbund mit der hier zugleich angeordneten Deportation und Enteignung von zweihundert ‚volks- und staatsfeindlichen‘ Slowenen oder ‚Windischen‘ („W-Höfe-Aktion“) durch den Klagenfurter RKF-Beauftragten; vor allem aber bestimmte Himmler jetzt Oberkrain und das Mießtal (Mežiška dolina) zum neuen Siedlungsgebiet, das bis Ende 1941 zwei Drittel der Kanaltaler Umsiedler aufnehmen sollte.

Darüber hinaus erwogen Teile der NS-Umsiedlungsbürokratie seither auch eine zumindest teilweise Ansiedlung der Grödner Optanten in Oberkrain, speziell im Tal der Wocheiner Save (Bohinjka Sava) zwischen Radmannsdorf (Radovljica) und dem Wocheiner See (Bohinjsko jezero) sowie in Nachbartälern.⁵³ Im Juli 1942 wurde schließlich kurzfristig auch ein ‚Siedlereinsatz‘ der Trientiner Sprachinseldeutschen aus Lusern (Luserna) und dem oberen Fersental (Alta Val del Fersina) in Oberkrain ins Auge gefasst, nachdem hierfür im Herbst 1941 noch die Untersteiermark, später der Kreis Lienz (Kärnten) in Vorschlag gebracht worden war. Der stellvertretende Leiter der RKF-Sonderdienststelle Veldes (Bled), Herbert Friedl (*1908), hatte am 13. Juli 1942 dem Berliner Stabshauptamt das Interesse des Gaues Kärnten an einem ‚Ansatz‘ von Umsiedlern aus den Trientiner Sprachinseln ebenso wie aus der Bukowina, aus Bosnien, der Gottschee (Kočevje) und Lothringen zum

51 BArch, R 49/3559: ADERSt-Zweigstelle Tarvis (Karl Starzacher): Bericht über den Stand der Umsiedlung Kanaltal, Stichtag: 15.7.1943; sowie: Stellungnahme zu einem Auszug des Berichtes über den Stand der Umsiedlung Kanaltal, Stichtag: 15.7.1943, verfasst durch die ADERSt Tarvis.

52 BArch, NS 21/164: RKF, Anordnung Nr. 46/I, Berlin, 25.8.1941.

53 BArch, R 1702/99: DAG (Aengenheister): Vermerk, betrifft Südkärnten, 16.5.1941; siehe auch: BArch, R 1702/202: DUT Berlin (Kulemann) an DUT-Niederlassung Innsbruck, [Berlin], 25.4.1941: Oberkrain „ist für den Einsatz von rein-deutschen Umsiedlern aus dem Kanaltal und teilweise für Umsiedler aus dem Grödner Tal bestimmt“.

Ausdruck gebracht⁵⁴; man ging dabei von etwa 670 Luserner und Fersentaler Umsiedlern (150 Familien) aus. Indes lief in Berlin schon zehn Tage später die lakonische Mitteilung ein, der Kärntner Gauleiter Friedrich Rainer (1903–1947) lege auf die Sprachinseldeutschen aus dem Trentino und der Gottschee „kein Gewicht“.⁵⁵

Insgesamt sahen die Kärntner Siedlungsplanungen unter der Devise „Es muss deutsches Blut nach Oberkrain!“⁵⁶ eine ‚Ansetzung‘ von zunächst etwa 10.000, langfristig von ca. 80.000 Deutschen vor. Das Vorhaben verband sich mit der rassistischen Durchmusterung der gesamten slowenischen Bevölkerung und der beabsichtigten Zwangsumsiedlung von ca. 75.000 ‚rassisch Minderwertigen‘ und politisch Unerwünschten (Aussiedlungswelle I). Aufbrechender Widerstand in der Bevölkerung veranlasste die deutschen Behörden gleichwohl zum Abbruch der zwischen dem 6. und 10. Juli 1941 begonnenen Aussiedlungsmaßnahmen, mit denen 2.773 Slowenen aus Oberkrain deportiert wurden. Gleichwohl folgte etwa ein Jahr später (7.5.–7.6.1942) die Aussiedlung von nochmals 590 Personen aus einem 123 Kilometer langen Grenzstreifen gegenüber Italien und Kroatien⁵⁷, der für die Ansiedlung der Kanaltaler reserviert werden sollte.

Gauinterne Machtrivalitäten in Kärnten führten dazu, dass die gewaltsamen Massenaussiedlungen „ohne Fühlungnahme“ mit dem hierzu ablehnend eingestellten ‚Volkstumsexperten‘ Maier-Kaibitsch und seines ‚volkstumpolitischen Arbeitskreis[es] in Klagenfurt‘, der wenig später das Institut für Kärntner Landesforschung tragen sollte, durchgeführt worden waren.⁵⁸ Diese Gruppierungen bestimmten nach dem politischen Kurswechsel in Kärnten und der Bestellung Rainers zum Gauleiter im November 1941 entscheidend den ethnopolitischen Kurs, der eine Strategie der ‚Umvolkung‘ und kulturpolitisch flankierten Entnationalisierung und Eindeutschung vorsah. In der RKF-Dienststelle im oberkrainischen Veldes oblag es Maier-Kaibitsch als Leiter der Hauptabteilung I (Menscheneinsatz und Volkstumsfragen), „jene Voraussetzungen zu schaffen, die für eine nachhaltige Eindeutschungsarbeit die Grundlagen bilden“; seine Dienststelle führte zugleich „Erhebungen für

54 BArch, R 49/3561: Herbert Friedl, Bericht für Gauleiter Rainer, Veldes, 20.7.1942. Im Protokoll über die Berliner Besprechung vom 13.7.1942 wurden die Trientiner Sprachinseldeutschen nicht ausdrücklich erwähnt; siehe: BArch, R 49/968: Günther Stier, Vermerk, 14.7.1942.

55 BArch, R 49/3561: Friedl an RKF-Stabshauptamt (Stier), [Veldes], 23.7.1942.

56 ARS, 1931, 566: Auszug aus dem Vortrage des SS-Standartenführers Maier-Kaibitsch [...] anlässlich der Tagung des Gauamtes für Volkstumsfragen am 10.7.1942 in Klagenfurt.

57 BArch, R 1702/99: DAG (Aengenheister), Vermerk, betrifft Südkärnten, 16.5.1941.

58 Siehe hierzu: BArch, R 4901/13425: [Hans Schwalm], Vertraulicher Vermerk über eine Besprechung in Veldes am 6. Oktober 1941. – Zum Institut für Kärntner Landesforschung siehe: Michael WEDEKIND, Institut für Kärntner Landesforschung. In: Ingo HAAR/Michael FAHLBUSCH (Hgg.), Handbuch der völkischen Wissenschaften: Personen, Institutionen, Forschungsprogramme, Stiftungen, München 2008, S. 266–275.

den Einsatz von Umsiedlern aus Italien“ und „Vorarbeiten für die Einsetzung der Umsiedler aus dem Kanaltal und aus Laibach“ durch.⁵⁹

Obwohl Oberkrain durch den RKF nicht für einen komplexen Ansatz von Südtirolern freigegeben war, gestattete das an sozialaristokratischen Modellen orientierte Stabshauptamt 1942 der Kärntner Gauleitung eine volkstumpolitisch strategische Ansiedlung von zunächst zwanzig Südtiroler ‚Führungsbauern‘. Diese sollten auf Grund fachlicher, politisch-charakterlicher und ‚rassisch-biologischer‘ Eignung als ‚Volkstumskämpfer‘ auf 15 bis 25 Hektar großen Höfen angesetzt werden. Zur Musterung der Bauernfamilien führte Albert von Gayl, inzwischen Leiter der Hauptabteilung IV (Landwirtschaft und Forstwesen) in der RKF-Dienststelle in Veldes, zwischen dem 8. und 12. Juni 1942 eine Inspektionsreise mit ADERSt- und AdO-Mitarbeitern durch Südtirol durch. Von den etwa 50 inspizierten Bauernfamilien wurden 16 in erster und sechs in zweiter Wahl für das Siedlungsvorhaben in Aussicht genommen.⁶⁰

Eine ähnliche Siedlungsstrategie verfolgte man auch für die Untersteiermark, wo sich Planungen für eine stark begrenzte Ansiedlung von Südtirolern auf den zum Siedlungsbereich erklärten grenznahen Save–Sotla-Streifen (Siedlungsbereich A) richteten. Helmut Carstanjen (1905–1990), Leiter des Südostdeutschen Instituts in Graz, Gauhauptstellenleiter der Volksdeutschen Mittelstelle (VoMi) und seit 1941 nationalpolitischer Referent beim Chef der Zivilverwaltung in Marburg an der Drau (Maribor), hatte bereits 1940 diesen Raum für „eine besonders dichte Durchsiedlung mit deutschen Bauern“ vorgesehen, um somit „einen völkischen Schutzwall zwischen den Windischen des Draugebietes und die Slowenen in Krain zu legen“.⁶¹ In der Tat sollten in dem 72.000 Hektar großen Siedlungsbereich A nach der zwischen Oktober 1941 und Juli 1942 erfolgten Aussiedlung nahezu der gesamten slowenischen Bevölkerung (ca. 36.000 Personen) und der Enteignung von 6.500 Landwirtschaftsbetrieben vor allem Umsiedler aus der Sprachinsel Gottschee, daneben auch Deutsche aus der rumänischen Dobrudscha (Dobrogea) und der Bukowina ‚angesetzt‘ werden. In dem

59 BArch, DS (ehem. BDC), Starzacher, Karl, 13.8.1913: Bericht über die Tätigkeit der Dienststelle des Beauftragten des Reichsführers-SS, Reichskommissar für die Festigung deutschen Volkstums, in Veldes, 1.10.1941.

60 Siehe: SLA, VKS/AdO, 133: AdO-Hauptleitung/Hauptamt II – Bauernschaft (Sepp Zingerle): Reisebericht, Bozen, 19.6.1942; sowie ebd.: Zingerle: Vermerk, betrifft Ansiedlungsplan der Gauleitung Kärnten, Bozen, 19.6.1942. – Es wurden verschiedene Bauernfamilien im Vinschgau (Graun, Taufers und Schlanders), im Passeier-, Gader- und Pustertal (St. Lorenzen, St. Georgen, Uttenheim, Taisten, Sexten), im Ahrntal (Prettau, St. Jakob) sowie im Mühlwaldertal (Lappach) aufgesucht.

61 Arhiv Muzeja narodne osvoboditve, Maribor, Bestand „Südostdeutsches Institut, Graz“, mapa „Primeri dopisovanja VDA Graz v svrhu finančne (gospodar[ske]) pomoči slovenskim Nemcem, živečim v Nemčiji (1936)“: Denkschrift des Südostdeutschen Institutes in Graz über die gebietliche Gliederung und volkspolitische Gestaltung der Untersteiermark, undat. [vermutl. 1940].

südlich der Save gelegenen Gebiet (Teile der Kreise Rann/Brežice und Trifail/Trbovlje) war dabei in Anlehnung an Sozialraumplanungen für die besetzten Ostgebiete die ‚Einstreuung‘ von musterhaften Führungshöfen kinderreicher, „völkisch einwandfreie[r] und bäuerlich wertvolle[r]“⁶² Südtiroler Obst- und Weinbauern, auf Anregung der DUT vom August 1943 schließlich auch die Unterbringung noch nicht ausgesiedelter Kanaltaler Bauern beabsichtigt. Von den geplanten 100 Südtirolerhöfen wurden indes bis November 1943 lediglich 45 bezogen.⁶³

Nach Ansicht des steirischen Umsiedlungsbeauftragten Karl Struzl schien sich in der Untersteiermark auch eine Zwischenlösung für die problematische Umsiedlung der Ladiner zu bieten, deren ‚Ansatz‘ in Kärnten seit Herbst 1940 nicht weiter verfolgt worden war. Struzl regte im August 1941 gegenüber dem RKF eine vorübergehende Einsetzung der Grödner als Treuhänder von Landwirtschaftsbetrieben in der Untersteiermark an, bis sie später am Südrand des noch zu erschließenden steirischen Hochschwabmassivs⁶⁴ angesiedelt werden könnten. Voraussetzung sei gleichwohl, dass in der Untersteiermark die „Evakuierungen [der Slowenen] in dem dafür nötigen Umfang“⁶⁵ fortgesetzt würden. Während sich die DUT seither auf eine Umsiedlung der Grödner in die Untersteiermark einrichtete, waren die steirischen Planungen im RKF offenbar rasch als undurchführbar verworfen worden. Die weitere Konzeption der Grödner Umsiedlung wurde nun zwar von der Berliner RKF-Hauptabteilung Planung und Boden intensiver in die Hände genommen, doch stand nach Besprechungen mit den italienischen Dienststellen Anfang 1942, als bereits 25 % der Grödner Optanten ausgesiedelt worden waren, fest, dass eine zügige Umsiedlung der Ladiner nicht mehr vordringlich und die „Frage einer eigenen Grödnerversiedlung im Reiche [...] nicht mehr aktuell“ sei.⁶⁶

Die Ansiedlungsprogramme für die Grödner und Kanaltaler Optanten scheiterten schließlich in Kärnten und Steiermark am Mangel verfügbarer Siedlungsflächen, in den Annexionsgebieten am schwindenden deutschen Machtpotential, das es nicht erlaubte, den massiven slowenischen Widerstand

62 SLA, Archiv VKS/AdO, Position 133: AdO-Hauptamt II (Anton Lun) an AdO-Kreisleitungen/Hauptamt II, Bozen, 3.7.1942.

63 BAArch, R 49/3545: RKF-Dienststelle Marburg/Drau: Bericht XXI über die Sitzung des Ansiedlungsstabes vom 17.11.1943. In Erwägung gezogen wurde auch, „ob nicht das slowenische Gesindel, das heute für die Zwischenbewirtschaftung [von Höfen enteigneter Weinbauern] eingesetzt ist, durch Südtiroler Treuhänder ersetzt werden kann“; diese wären dann nach Kriegsende in ihr endgültiges Siedlungsgebiet zu versetzen; ARS, 1627, 689/II: SS-Ansiedlungsstab Südmark/Planungsabteilung (Alexander Dolezalek): Anlage zu dem Generalsiedlungsplan der Grenzsiedlungszone der Untersteiermark, Posen, 11.1.1942.

64 Vorgesehen war eine ‚Ansetzung‘ zwischen Etmüßl und Turnau einschließlich des Raumes von Tragöß sowie des Fölz- und Ilgnertales.

65 TLA, DUT, Karton 13, Position 360: Karl Struzl an Reichsführer-SS, 28.8.1941.

66 Siehe: SLA, VKS/AdO, 104; Hans Vinatzer: Jahresbericht für 1941 des Leiters der Abwicklungsstelle Gröden, St. Ulrich, 12.1.1942. – Eine beim Reichskommissar bereits 1939 ventilerte Ansiedlung im südpolnischen Kreis Saybusch wurde neuerlich im Februar 1942 in einer Besprechung mit Himmler verworfen.

einzudämmen und für die Sicherheit der Neusiedler zu garantieren. Als Alois Maier-Kaibitsch im Oktober 1943 den Stand der inzwischen abgebrochenen Umsiedlungen nach Kärnten bilanzierte, konnte er dem RKF-Hauptamt für Statistik die Unterbringung von 3.917 Kanaltalern und 2.341 Südtirolern (der Mehrheit nach vermutlich Grödner) melden. In Oberkrain waren bis Anfang Mai 1943 etwa 1.200 Umsiedler ‚angesetzt‘ worden – überwiegend Deutsche aus dem Raum Laibach (Ljubljana), daneben aber auch Kanaltaler und Südtiroler. Mitte Juli des Jahres führte die ADERSt-Zweigstelle Tarvis (Tarvisio) noch 1.650 Personen in ihren Karteien, die im Kanaltal auf ihre Umsiedlung warteten.⁶⁷ Himmler hatte daher bereits zwei Monate zuvor die Ansiedlung restlicher Kanaltaler Optanten im Budweiser Becken angeordnet⁶⁸; Greifelt drängte im August auf einen Abschluss der Kanaltaler Umsiedlung bis Jahresfrist. Auch hier jedoch wurde mit der deutschen Besetzung Italiens im Herbst 1943 die weitere Absiedlung gestoppt.

5. Burgund: Raumplanung mit dem ‚Baedeker‘

Zwei Monate vor Beginn des Frankreich-Krieges, Mitte März 1940, hatte sich Himmler auf Grund eines Hinweises des Deutschen Auslands-Instituts auf Burgund als geschlossenes Ansiedlungsgebiet für die Südtiroler festgelegt. Unter Rekurs auf die mittelalterliche Freigrafschaft beabsichtigte Hitler, Burgund direkt dem Deutschen Reich zu inkorporieren. Volkstumswissenschaftler vom Bund Deutscher Westen und der Westdeutschen Forschungsgemeinschaft (WFG) arbeiteten dem weiträumigen Annexionsvorhaben durch legitimatorische Handreichungen und Raumplanungsentwürfe entgegen. Der Volkstums-, Raumplanungs- und Siedlungsexperte Karl Christian von Loesch (1880–1951) lieferte raumpolitische Analysen; der Freiburger Geograph und nachmalige Leiter der WFG Friedrich Metz (1890–1969), der von 1929 bis 1934 der Innsbrucker Lehrkanzel für Geographie vorgestanden hatte, legte offenbar bereits im Juni, dann neuerlich im August 1940 dem Reichsinnenministerium eine Expertise zum künftigen Verlauf der deutschen Westgrenze und zur „Neugestaltung des Raumes Lothringen–Oberrhein–Burgund–Schweiz“ vor. Dabei war unter anderem an die Errichtung der künftigen Reichsgaue Burgund, Lothringen und Elsass gedacht.⁶⁹

67 BAArch, R 49/3560: Maier-Kaibitsch an RKF/Hauptamt für Statistik, 1.10.1943.

68 BAArch, NS 19/189: Vermerk zu einem Vortrag des SS-Gruppenführers Greifelt beim Reichsführer-SS am 12. Mai 1943, undat.

69 Siehe hierzu: Wolfgang FREUND, NS-Volksforschung im Nibelungenland. In: Gerold BÖNNEN/Volker GALLÉ (Hgg.), Die Nibelungen in Burgund, Worms 2001, S. 138–159; Michael FAHLBUSCH, Deutschtumspolitik und Westdeutsche Forschungsgemeinschaft. In: Burkhard DIETZ/Helmut GABEL/Ulrich TIEDAU (Hgg.), Griff nach dem Westen. Die „Westforschung“ der völkisch-nationalen Wissenschaften zum nordwesteuropäischen Raum (1919–1960), Münster 2003, S. 569–648; Robert SPECKLIN, La frontière franco-allemande dans les projets d'Adolf Hitler. In: Recherches géographiques à Strasbourg 24 (1986), S. 5–26. – FAHLBUSCH, Wissenschaft, S. 473 f. und 707–709, geht von einem bereits im Juni dem Staatssekretär im Innenministerium Wilhelm Stuckart zugeleiteten, heute verschollenen ersten Gutachten aus.

Nachdem Hitler Mitte Mai 1940 den RKF mit Planung und Durchführung der Umsiedlung in die Franche-Comté beauftragt hatte, übernahmen Stabsleiter Ulrich Greifelt und der Leiter der Hauptabteilung Planung und Boden, Konrad Meyer, die Ansiedlungsplanungen. Auch das Auswärtige Amt befasste sich im Mai und Juni 1940 im Rahmen von Grenzziehungsplänen mit dem Burgund-Vorhaben. Nach einer im Juli beim Reichskommissar entworfenen Umsiedlungsanordnung, die auch der Südtiroler AdO zuzuging, sollte im Friedensvertrag mit Frankreich die Annexion des etwa 25.000 km² großen Ansiedlungsraumes zwischen der schweizerischen Westgrenze und westlich einer Linie Chalon-sur-Saône–Dijon mit Hauptort Besançon festgeschrieben werden. Vorgesehen war die sofortige Aussiedlung der französischen Bevölkerung aus dem Département Doubs sowie aus Teilen der Départements Haute-Saône, Jura, Côte-d’Or und Saône-et-Loire mit den Städten Dijon, Besançon und Belfort nach Rest-Frankreich. Bis zum Abschluss der Südtiroler Umsiedlung sollte dieser Raum als unmittelbares Reichsgebiet der alleinigen politischen Verfügungsgewalt des Reichskommissars reserviert werden.

Nach Ansicht Greifelts waren Fachleute der AdO, wo die Burgund-Variante auf große Akzeptanz stieß, entscheidend an der weiteren Sozialraumplanung, aber auch an der Umsiedlungsdurchführung zu beteiligen. „Landschaftsgestaltung, wirtschaftliche Struktur, Verkehrsverhältnisse und die Gesamtheit der Lebensbedingungen“ in dem geplanten ‚SS-Staat‘ seien „den bisherigen Voraussetzungen bestens angenähert, so dass die Volksgruppe in diesem Gebiet schnell wieder Heimat und Lebensboden finden kann“.⁷⁰ Ob sich Greifelts Einschätzung auf Informationen der Berliner DUT-Zentrale stützte, ist nicht ersichtlich; diese zumindest bezog bei der Planungsarbeit ihre rudimentäre Kenntnis des geplanten Umsiedlungsraumes aus einem Baedeker-Reiseführer der Jahrhundertwende. Der Reichsführer-SS teilte Vertretern der AdO am 18. Juli 1940 die Entscheidung Hitlers zugunsten Burgunds als künftiges geschlossenes Siedlungsgebiet mit; auch sei Mussolini bereits entsprechend unterrichtet worden. Die endgültige Umsiedlungsgenehmigung des ‚Führers‘ lag jedoch zu diesem Zeitpunkt noch nicht vor.

Die durchaus detaillierten Siedlungsplanungen sahen eine geschlossene talschafts-, gemeinde- bzw. städteweise Umsiedlung vor. Die städtische Bevölkerung Südtirols sollte in die Hauptorte Burgunds eingewiesen werden, und zwar von Bozen nach Besançon (20.000 Umsiedler), von Meran nach Chalon-sur-Saône (14.000 Umsiedler), von Brixen nach Dôle (6.000 Umsiedler), von Bruneck nach Pontarlier (4.000 Umsiedler) und von Sterzing

70 BAArch, NS 19/2070: [Greifelt]: Gedanken zur Umsiedlung der Südtiroler Volksgruppe in ein geschlossenes Siedlungsgebiet, Berlin, 10.7.1940.

nach Auxonne (3.000 Umsiedler). Demgemäß sei auch die Ortsnamengebung zu gestalten, wobei zugleich „Straßen und Plätze in der neuen Siedlungsstadt entsprechend den Namen der Straßen und Plätze in Südtirol umbenannt“ werden würden.⁷¹ Die Umsiedlung der zuvor hinsichtlich ihrer ‚rassischen und völkischen Qualität‘ zu prüfenden Südtiroler, so Himmler, solle bis Frühjahr 1941 abgeschlossen sein.

Ende Juli 1940 unternahmen Greifelt und sein Stellvertreter, der aus Triest stammende SS-Standartenführer Rudolf Creutz (1896–1980), sowie DUT-Geschäftsführer Alfred Kulemann (*1897) mit führenden Vertretern der AdO (Peter Hofer, Robert Kukla, Karl Tinzl) eine Inspektionsreise in das Ansiedlungsgebiet. Im unmittelbaren Anschluss daran beauftragte Himmler die beteiligten Dienststellen und Ämter (RKE, ADERSt, AdO, DUT) mit Planungen zur genauen Umgrenzung und zur künftigen wirtschaftsstrukturellen Gliederung des geschlossenen Siedlungsgebietes.

Unterdessen forderte AdO-Führer Peter Hofer am 2. August 1940 in einem von starker ethnischer Intoleranz geprägten mehrseitigen Schreiben an den Reichsführer-SS, das Ansiedlungsgebiet müsse von allen „blutmäßig“ und kulturell fremden Bevölkerungsgruppen gereinigt und vorerst der ausschließlichen Besiedlung durch Südtiroler vorbehalten werden. Diese sollten sich dort „pionierartig und somit als geschlossene völkische und unbedingt kämpferische Formation ansetzen können“, um den dadurch „völkisch sicher stärksten und unerbittlichsten Teil des volkspolitischen Westwalls Deutschlands gegen das Romanentum dauerhaft [zu] befestigen“.⁷² Diese Forderung Hofers war auch Ausdruck des Umstandes, dass die wirtschaftliche Struktur Burgunds deutlich von derjenigen Südtirols abwich und dort eine der AdO unliebsame Zuwanderung von Industriearbeitern aus dem ‚völkisch‘ mutmaßlich weniger gefestigten Reichsinneren oder ein Prozess der Reagrarisierung erforderlich gewesen wäre. Hofers Forderung stand jedoch den Annahmen der NS-Volkstums- und Rassenforschung entgegen, welche in der Bevölkerung Burgunds Nachfahren der Nibelungen mit deutlichem germanischen ‚Rasseneinschlag‘ und ‚kulturellem Grundgehalt‘ zu erkennen vermeinte — eine These, die Hofer befürchten ließ, es könne von einer Aussiedlung der ansässigen, mutmaßlich ‚germanischstämmigen‘ Bevölkerung Abstand genommen werden. Kurzfristig wurde indes Ende 1940 überhaupt der gesamte Umsiedlungsplan Burgund aufgegeben, um nach dem Waffenstillstand negative Rückwirkungen auf die französische Kollaborationsbereitschaft durch Annexionen und aggressive bevölkerungspolitische Interventionen zu verhindern.

71 Ebd.: Aktenvermerk Kulemann (DUT), 19.7.1940.

72 SLA, VKS/AdO, 133: Peter Hofer an Himmler, [Bozen], 2.8.1940.

Die den zunächst noch erfolgreichen Kriegsoperationen der Wehrmacht gewissermaßen nachfolgenden Südtiroler Umsiedlungsplanungen produzierten nun bald, ab September 1941, die bekannten siedlungs-, rassen- und volkstumpolitischen Phantastereien des ehemaligen Wiener Gauleiters Alfred Frauenfeld (1898–1977), seit dem 1. September 1942 Generalkommissar des Generalbezirks Krim (Teilbezirk Taurien). Unter Anschluss an Hitlers Überlegungen vom Juli 1941 hinsichtlich einer Germanisierung der Schwarzmeerhalbinsel regte Frauenfeld u.a. in einer zwanzigseitigen Denkschrift für Himmler Mitte 1942 eine Umsiedlung der Südtiroler auf die Krim im Rahmen des Generalsiedlungsplanes an. Der Reichsführer-SS teilte Frauenfeld Anfang Juli des Jahres gleichwohl mit, dass eine solche, auch bei Hitler positiv aufgenommene Aktion und Annexion der Halbinsel als ‚Gotengau‘ erst nach Kriegsende durchführbar sei.⁷³ Ohnehin ging man seit spätestens Juni 1941 im RKF davon aus, dass mit der Gesamtumsiedlung der Südtiroler erst nach dem Kriege gerechnet werden könne.⁷⁴

6. ‚Bevölkerungsumbau‘ im Osten: Siedlungsplanungen im tschechisch-südpolnischen Raum

Eine Umsiedlung der Südtiroler in den südpolnischen Beskiden-Kreis Saybusch (Żywiec) war im SS-Rasse- und Siedlungshauptamt (RuSHA) bereits seit dem frühen Herbst 1939 ventiliert worden. Entsprechende Vorschläge gingen auf die Siedlungsexperten der Rasse- und Siedlungs-Einsatzgruppen (RuS) zurück, die in Westpolen zur Vorbereitung der deutschen Siedlungspolitik zum Einsatz kamen. Zur Umsiedlung der Südtiroler in die Beskiden hatte sich SS-Standartenführer Hammer von der im Gebiet Posen operierenden RuS-Einsatzgruppe C schon im September an den Chef des RuSHA, Günther Pancke (1899–1973), gewandt. Einen Monat später lag Pancke

73 Siehe: BArch, NS 19/3457: Denkschrift Frauenfelds über die Möglichkeit der geschlossenen Umsiedlung der Südtiroler nach der Krim. – Die Krim-Planungen waren auch der AdO-Führung bekannt, die offenbar bereits im Sommer 1942 mit Frauenfeld diesbezüglich Kontakt aufgenommen hatte. RKF-Stabsleiter Greifelt instruierte Robert Kukla am 27.7.1942 (SLA, VKS/AdO, 133): „Die Frage der Südtiroler Umsiedlung nach der Krim ist gegenwärtig ausschließlich im Stadium theoretischer Überlegungen. Die alleinige Zuständigkeit des Stabshauptamtes hierfür ist gegeben. Es wäre also grundverkehrt, wenn die Südtiroler Volksgruppe unmittelbar mit Gauleiter Frauenfeld in dieser Angelegenheit Verbindung aufnehmen würde. [...] Im übrigen weise ich darauf hin, dass es der ausdrückliche Wunsch des Reichsführers-SS ist, dass diese rein theoretischen Erörterungen vorerst nicht in der Volksgruppe bekannt werden.“ Zur Krim-Umsiedlung siehe auch: Alfred FRAUENFELD, Und trage keine Reu, Leoni am Sternberger See 1978; Henry PICKER, Hitlers Tischgespräche im Führerhauptquartier 1941/42. Veröffentlicht von Gerhard Ritter, Bonn 1951, S. 155; Peter BROUCEK (Hg.), Ein General im Zwielficht: Die Erinnerungen Edmund Glaises von Horstenau. Bd. 3: Deutscher Bevollmächtigter General in Kroatien und Zeuge des Untergangs des „Tausendjährigen Reiches“, Wien/Köln/Graz 1988, S. 137; Lothar GRUCHMANN, Nationalsozialistische Großraumordnung. Die Konstruktion einer deutschen Monroe-Doktrin, Stuttgart 1962, S. 101 f.; Norbert KUNZ, Die Krim unter deutscher Herrschaft (1941–1944): Germanisierungsutopie und Besatzungsrealität, Darmstadt 2005, bes. S. 60–64; Manfred OLDENBURG, Ideologie und militärisches Kalkül: Die Besatzungspolitik der Wehrmacht in der Sowjetunion 1942, Köln 2004, bes. S. 125–134.

74 SLA, VKS/AdO, 43: Greifelt an Luig, Berlin, 24.6.1941.

auch ein ausführlicher Bericht von SS-Sturmbannführer Friedrich Brehm (1898–1979) vor, der – vormals SD-Konfident – die in Ostoberschlesien und im Generalgouvernement verwendete RuS-Einsatzgruppe A leitete. Für eine ‚Ansetzung‘ der Südtiroler im Kreis Saybusch hatte sich auch der seinerzeitige Höhere SS- und Polizeiführer im Oberabschnitt Südost (Schlesien), SS-Gruppenführer Erich von dem Bach-Zelewski (1899–1972), ausgesprochen; der Raum sei „fast durchweg minderrassisch“ besiedelt und „daher sofort zu evakuieren“.⁷⁵ Die Vorschläge aus dem RuSHA unterbreitete Pancke umgehend dem Reichsführer-SS.

Den Anstoß zu konkreteren Siedlungsplanungen in den Beskiden und in den nördlich angrenzenden Landstrichen bis an die Weichsel – ein Raum, den auch Himmler im Oktober 1939 (noch alternativ zur Netzeniederung⁷⁶) als künftiges Siedlungsgebiet der Südtiroler bezeichnete – gab dann das ethnopolitisch ambitionierte Milieu um die Leiter der Volkstums- und Grenzlandämter in den Gauen Wien und Niederdonau, Felix Kraus (1887–1950) und Helmut Triska (1912–1973). Sie hatten im Auftrag der Volksdeutschen Mittelstelle eine Erkundungsreise in den geplanten Ansiedlungsraum unternommen. Die VoMi übertrug wenig später die Ausarbeitung von Detailentwürfen dem aus Wien stammenden Geographen Hugo Hassinger (1877–1952).⁷⁷

Im Jahre 1902 bei Albrecht Penck (1858–1945) in Wien promoviert, als Hochschullehrer seit 1931 in Wien tätig, gehörte Hassinger zu den Mitbegründern der Südostdeutschen Forschungsgemeinschaft und war seit 1939 Leiter der Arbeitsgemeinschaft für Raumplanung. Neben Geomorphologie hatte er sich insbesondere mit Stadtgeographie sowie mit der ‚politischen‘ und Anthropogeographie oder – wie es hieß – mit ‚Kulturlandschaftslehre‘ befasst. Er galt auf diesem Gebiet als Wegbereiter und, wie der Sozialgeograph Hans Bobek (1903–1990) noch 1975 schrieb, als „einer der bedeutendsten Kulturgeographen deutscher Zunge“.⁷⁸ Pencks expansives Konzept der deutschen ‚Volks- und Kulturbodenthese‘ verband Hassinger mit hegemonialen Mitteleuropa-Vorstellungen. Schon seine frühen, unter dem persönlich

75 BAArch, NS 2/60: Chef RuSHA (Günther Pancke): Aktenvermerk, betr. Besprechung mit SS-Gruppenführer von dem Bach am 26.11.1939 in Breslau, Berlin, 27.11.1939.

76 Gemeint waren die nachherigen Reichsgaue Danzig-Westpreußen und Wartheland.

77 Zu Hassinger siehe die Biographie von Christine ZIPPEL in: Ingo HAAR/Michael FAHLBUSCH (Hgg.), *Handbuch der völkischen Wissenschaften: Personen, Institutionen, Forschungsprogramme, Stiftungen*, München 2008, S. 226–230; sowie Siegfried MATTL/Karl STUHLPFARRER, *Angewandte Wissenschaft im Nationalsozialismus: Großraumphantasien, Geopolitik, Wissenschaftspolitik*. In: Gernot HEISS u.a. (Hgg.), *Willfähige Wissenschaft. Die Universität Wien 1938–1945*, Wien 1989, S. 283–301; Petra SVATEK, Hugo Hassinger und Südosteuropa: Raumwissenschaftliche Forschungen in Wien (1931–1945). In: Carola SACHSE (Hg.), „Mitteleuropa“ und „Südosteuropa“ als Planungsraum: Wirtschafts- und kulturpolitische Expertisen im Zeitalter der Weltkriege, Göttingen 2010, S. 290–311.

78 Hans BOBEK, Hugo Hassinger (1877–1952). In: *Neue Österreichische Biographie ab 1815: Große Österreicher*. Bd. 12, Wien 1957, S. 162–170, hier S. 162.

gewonnenen Eindruck der böhmischen Nationalitätenkonflikte entstandenen Beiträge über das Sudetendeutschtum boten praktische soziotechnische Anwendungsbezüge für den ‚Volkstumskampf‘. Hier zeigte sich bereits jener Ungeist eines anwendungsorientierten wissenschaftlichen Erkenntnisinteresses, der sich bald dem radikalen ethnischen Umbau Zentraleuropas durch das NS-Regime öffnete. Hassinger schrieb 1940: „Die Universitäten werden darin, dass nun einige ihrer Wissenschaften praktische Anwendung für die Bedürfnisse des nationalen Lebens finden, einen Beitrag erblicken, den sie für den Aufbau des großdeutschen Reiches und seiner Lebensordnung zu entrichten haben.“ Diese sozioethnische Neuordnung müsse von einer auf geographischen Erkenntnissen gestützten Raumplanungslehre getragen werden, die – weil instrumentell – über die rein wissenschaftliche Raumforschung hinausgehe; sie bedürfe „einer sinngemäßen Ergänzung durch die Volksplanung, die eugenische Zwecke verfolgt“.⁷⁹

Hassinger zog für die Südtiroler Planungsarbeiten am Geographischen Institut der Universität Wien seinen damaligen Assistenten, Walter Strzygowski (1908–1970), sowie den Geographen und Historiker Hans Graul (1909–1997) hinzu. Graul stand in Verbindung zu zentralen Einrichtungen und Repräsentanten der sozial- und bevölkerungswissenschaftlichen Raumforschung und -planung. Bis Oktober 1939 war er als wissenschaftlicher Referent in der Planungsbehörde beim Reichsstatthalter der Ostmark tätig, von wo er zum Amt für Raumordnung im Distrikt Krakau abkommandiert und anschließend am dortigen Institut für deutsche Ostarbeit angestellt wurde. Der aus Graz gebürtige, vor allem auf die Bereiche Wirtschaftsgeographie, Raumordnung und Regionalplanung ausgerichtete Walter Strzygowski hingegen trat später insbesondere als einer der NS-Planer einer monumentalen Wiener Neustadt in Erscheinung, deren Anlage u.a. auch die Zerstörung der traditionell jüdisch geprägten Leopoldstadt einschloss.

In seiner Expertise zur Südtiroler Umsiedlung ging Hassinger von der Prämisse aus, dass „die Schaffung des neuen Siedlungsraumes [...] gleichzeitig eine nationalpolitische Aufgabe für das Gesamtvolk erfüllen“ müsse; aus rassen- und volkstumpolitischen Erwägungen dürfe eine „deutsche Neusiedlung nur einen Anbau an das geschlossene deutsche Volksgebiet darstellen“. Da die „Räumung irgendeines Teiles des deutschen Volksraumes zu Gunsten der Südtiroler nicht in Frage“ komme, sei nur „die Umsiedlung einer nichtdeutschen Volksgruppe“ denkbar, „die im räumlichen Anschluss an das geschlossene deutsche Gebiet wohnt“. Nach Analyse der Südtiroler Siedlungs- und Wirtschaftsstrukturen, namentlich der Agrarverhältnisse, meinte Hassinger, geeignete Ansiedlungsräume im slowakischen Karpatengebiet, im böhmisch-mährischen Raum sowie in der südöstlichen Alpengrenzregion

79 MATTL/STUHLPFARRER, Wissenschaft, S. 294 und 298.

(Südsteiermark, Burgenland) zu finden. Diese Varianten kämen jedoch, so Hassinger, vorerst „aus politischen Rücksichten [...] praktisch“⁸⁰ nicht in Betracht.

Die dann im November 1939 fertiggestellte Wiener Expertise basierte auf der zentralen Vorstellung einer geschlossenen Umsiedlung aller Südtiroler Optanten. Nur durch die „Großplanung ein[es] Südtiroler Traditionsgau[s] [...] mit] einer organischen Verfassung [...], die der des geräumten Gebietes möglichst gleich“, ließe sich das bisherige Sozial- und Wirtschaftsgefüge – und damit auch das interne soziale Herrschaftsgefüge der Volksgruppe – rekonstruieren und absichern. Zugleich sei einzig hierüber die gänzliche Veränderung der ethnischen Struktur des Ansiedlungsgebietes zu erzielen. Im Anschluss an „alte deutsche Kolonisationsüberlieferung“ in den Beskiden plante Hassinger „einen völligen Neubau auf dem Untergrund einer völlig geräumten slawischen Siedlungslandschaft“.⁸¹ Damit stand eine Massenaussiedlung der polnischen Bevölkerung an, die in das Generalgouvernement östlich der Weichsel abgeschoben werden sollte. Grundsätzlich ähnliche Vorstellungen kursierten auch in Kreisen der Ministerialbürokratie des Auswärtigen Amtes und waren ebenso von Himmler vorgetragen worden.

Die Umsiedlung der Südtiroler in den Raum zwischen Teschen (Cieszyn), Auschwitz (Oświęcim), das zum wirtschaftlichen und geistigen Zentrum des Ansiedlungsgebietes entwickelt werden sollte, und Neuenstadt an der Schau (Zator) sah Hassinger indes nur als Teil umfassenderer, expansiver bevölkerungspolitischer Interventionen: In der weiteren Perspektive war an die Eindeutschung des nördlichen Beskidenraumes vom östlichsten Punkt des sudetendeutschen Siedlungsgebietes bei Neutitschein (Nový Jičín) im mährischen Kuhländchen (Kravařsko) südwestlich von Ostrau (Ostrava) bis auf eine Linie östlich von Krakau und des teils deutschsprachigen Neu-Sandez (Nowy Sącz) gedacht. Unter ‚Einbau‘ verschiedener ‚Zwischenvölker‘ – der „deutschfreundlichen Slonzaken“ (‚Wasserpolen‘) im Gebiet von Teschen und des „rassisch gesunden goralischen Hirtentums“ im Bereich Neumarkt (Nowy Targ) – und durch ergänzende Ansiedlung von Grödner Ladinern und Sprachinseldeutschen aus der Karpato-Ukraine, der Bukowina, Friaul und Venetien sollte somit ein ‚Siedlungsanschluss‘ an die deutsche Sprachinsel in der Oberzips (Horná Spiš) hergestellt werden. Graul wies darauf hin, „dass es sich im Nordosten nicht um Bildung deutscher Inseln, sondern um eine Ausbreitung des geschlossenen deutschen Volksbodens handle.“⁸² Insgesamt war damit eine strategische „Keilbildung zwischen Slawen am inneren und

80 BArch, R 164/16: Die Zukunft der Südtiroler. Gutachten von Hugo Hassinger, Hans Graul und Walter Strzygowski.

81 Ebd.

82 AUW, Nl. Hassinger, Karton 15: Arbeitsgemeinschaft für Raumforschung der Wiener Hochschulen: Zweites Rundschreiben, Wien, 8.2.1940.

äußeren Rand der Karpathen“, eine Segregation von Tschechen und Polen und die siedlungspolitische „Umfassung des Karpathenbeckens“ beabsichtigt. Indes machte nach Hassinger die klimatische Ungunst des Beskiderraumes eine separate Ansiedlung der Südtiroler Wein- und Obstbauern erforderlich, wofür er den strichweise gemischtethnischen Raum des Burgenlands und der Oststeiermark in Aussicht nahm.

Die Wiener Umsiedlungsplanungen, die u.a. auch dem Reichsinnenministerium vorlagen⁸³, wurden nicht einhellig günstig aufgenommen: Lebhafte Unterstützung fanden sie seitens der Berliner Reichsarbeitsgemeinschaft für Raumforschung und des Reichsgeschäftsführers des SS-Ahnenerbes, Wolfram Sievers (1905–1948). Auf Kritik stießen sie hingegen bei dem Geographen Friedrich Metz von der Reichsarbeitsgemeinschaft für Raumforschung an der Universität Freiburg in Breisgau, der eine Zerreißung der Volksgruppe erwartete und zugleich Zweifel an der Durchführbarkeit einer Absiedlung der polnischen Bevölkerung hegte. Auf Grund der zu befürchtenden Zerreißung des Südtiroler ‚Volkskörpers‘ wurde der Beskiden-Plan in der Tat dann noch Ende 1939 fallengelassen.

Hassinger indes hatte im Zuge des Beskiden-Planes dem ihm verbundenen institutionellen Netzwerk der Volkstums- und sozioethnischen Planungswissenschaften zunächst ein weites Aktionsfeld zuwachsen sehen. Wien sollte dabei als geistiges Zentrum des ostmittel- und südosteuropäischen Neuordnungsprozess etabliert werden. So verlangte Hassinger auch später noch für die von ihm geleitete Arbeitsgemeinschaft für Raumforschung an der Universität Wien ein Mitspracherecht nicht nur bei der künftigen Gestaltung Südosteuropas, sondern auch jener Gebiete des Nordostens, die einst zum Habsburger Reich gehört hatten, darunter vor allem Galizien und die Sprachinsellandschaft um Teschen und Bielitz (Bielsko-Biala).⁸⁴ Diesen Anspruch versuchte Hassinger durch eine Vielzahl von volkstumswissenschaftlichen Forschungsprojekten im Rahmen der Raum- und Siedlungsplanung zu unterstreichen, insbesondere mit Blickrichtung nach Südosteuropa. Dort ergebe sich im Vergleich zum Nordosten „für die der Raumplanung vorarbeitenden Raumforschung [...] sogar der Vorteil, dass die wissenschaftliche Vorbereitung für Planungsarbeiten hier noch weniger Gefahr läuft [,] von den politischen Ereignissen überholt zu werden.“⁸⁵

Obwohl Hassingers Expertise Makulatur blieb, richteten sich auch weiterhin expansive volkstumpolitische Großkonzeptionen der NS-Raum- und Bevölkerungsplanung auf die tschechischen Siedlungsgebiete. Auf eine

83 Regierungsrat Werner Essen, Ost- und Volkstumsreferent in der Abteilung VI des Reichsinnenministeriums.

84 Ebd.

85 Ebd., Karton 16: Hugo Hassinger an die Reichsarbeitsgemeinschaft für Raumforschung/Berlin, Wien, 14.11.1939.

mögliche Verbindung mit der Südtiroler Umsiedlung hatte schon im Juli 1939 der damalige kommissarische Leiter des Prager Bodenamtes, SS-Oberführer Curt von Gottberg (1896–1945), gegenüber Himmler hingewiesen. Die Planungen der SS sahen die Herstellung einer „Deutschumsbrücke von Norden nach Süden über Prag“⁸⁶ und einer zweiten von Oberschlesien zum Waldviertel in Niederösterreich vor, womit eine Verbindung der deutschen Sprachinseln entlang der böhmisch-mährischen Grenze (Schönhengstgau/Hřebečsko, Iglauer Sprachinsel/Jihlava, Bezirk Neubistritz/Nová Bystřice in Südmähren) verfolgt wurde. Mit dieser Siedlungsstrategie sollten im damals etwa 240.000 Deutsche zählenden Reichsprotektorat Böhmen und Mähren die tschechische Bevölkerungsgruppe vom übrigen slawischen Siedlungsgebiet abgetrennt und bis zu 150.000 deutsche Familien „angesetzt“ werden.⁸⁷ Das Vorhaben kam bis Anfang 1944 jedoch nicht über die Ansiedlung von 6.000 Deutschen – überwiegend aus der rumänischen Schwarzmeerprovinz Dobrukscha – hinaus.⁸⁸

Die bevölkerungspolitischen Szenarien des RuSHA sowie der deutschen Dienststellen im Protektorat knüpften an ältere Germanisierungskonzepte des sächsischen Heimatforschers Johannes Zemmrich (1868–1944)⁸⁹ noch aus der Zeit vor dem Ersten Weltkrieg und an spätere kulturmorphologische Vorarbeiten sudetendeutscher Volkstumsforscher wie Josef Hanika (1900–1963), Bruno Schier (1902–1984) oder – sehr viel spezifischer – eines Herbert Weinelt (1910–1943) an. Weinelt hatte in zahlreichen Studien zu ‚Volkstumsverschiebungen‘, zur ‚Kulturgeographie‘ und Siedlungsgeschichte der Sudeten sowie des böhmisch-mährischen und slowakischen Raumes gearbeitet.⁹⁰ Im Rahmen eines Forschungsprogramms der Arbeitsgemeinschaft

86 BAArch, R 43 II/1411a: Himmler an Hitler, 20.1.1943. – Einen Überblick über die verschiedenen NS-Raum- und Siedlungskonzepte im böhmisch-mährischen Gebiet bietet: Andreas WIEDEMANN, Die Reinhard-Heydrich-Stiftung in Prag (1942–1945), Dresden 2000, S. 15–24.

87 Nach Isabel HEINEMANN, „Rasse, Siedlung, deutsches Blut“: Das Rasse- und Siedlungshauptamt der SS und die rassenpolitische Neuordnung Europas, Göttingen 2003, S. 142; zu Planung und Realisierung deutscher Siedlungsmaßnahmen im Protektorat Böhmen und Mähren siehe: Miroslav KÁRNÝ/Jaroslava MILOTOVÁ/Margita KÁRNÁ (Hgg.), Deutsche Politik im „Protektorat Böhmen und Mähren“ unter Reinhard Heydrich 1941–1942: Eine Dokumentation, Berlin 1997; HEINEMANN, Rasse, S. 127 ff.

88 HEINEMANN, Rasse, S. 142.

89 Bereits Johannes Zemmrich hatte eine Nutzbarmachung deutscher Sprachinseln für die Germanisierung Böhmens erwogen; siehe: Johannes ZEMMRICH, Sprachgrenze und Deutschtum in Böhmen, Braunschweig 1902; Petr LOZOVÍUK, Die Fersentaler in Südböhmen. Zum Hintergrund einer gescheiterten Umsiedlung. In: Österreichische Zeitschrift für Volkskunde LVI, 105, 2 (2002), S. 149–170, hier S. 156.

90 Siehe das Werksverzeichnis Weinelts bei: Herbert SCHLENGER, Herbert Weinelt: Werk und Leistung eines ostdeutschen Volksforschers. In: Deutsches Archiv für Landes- und Volksforschung 8, 1 (1944), S. 163–186; siehe außerdem: Herbert WEINELT, Untergegangenes Deutschtum in Mähren. In: Deutsches Archiv für Landes- und Volksforschung 2, 5 (1941), S. 315–337; Alexander PINWINKLER, Assimilation und Dissimilation in der „Bevölkerungsgeschichte“. In: Historische Sozialkunde 35, 2 (2005), S. 26–31, bes. S. 29. – Auch Bruno SCHIER, Von Stand und Aufgaben der sudetendeutschen Volkskunde. In: Deutsches Archiv für Landes- und Volkskunde 5 (1941), S. 368–371, hier S. 371, vertrat die Ansicht, „dass nicht nur ganz Böhmen und Mähren deutschen Kulturboden bilden, sondern dass auch die Tschechen nach ihrer Volkskultur als Teiglieder der deutschen Nachbarstämme zu betrachten sind.“

für Raumforschung an der Universität Wien befasste er sich seit 1940 mit Erhebungen zur einstigen Ausdehnung deutscher Sprachinseln in Böhmen und Mähren, während der Soziologe und Bevölkerungswissenschaftler Karl Valentin Müller (1896–1963) „Umfang und Richtung der Einvolkung deutschblütiger Sippen ins tschechische Volkstum“ untersuchte.⁹¹ Weinelt ging es vorrangig um das Überdauern vermeintlich deutsch geprägter Kulturformen trotz veränderter ethnischer Verhältnisse. Hierüber schienen ihm die Rekonstruktion ehemals deutscher Siedlungsgebiete, eine Analyse ihrer nachfolgenden ‚Entdeutschung‘ und eine Identifizierung ‚biologischer Substanzverluste‘ möglich. Weinelts Volkstumsforschung verstand sich als volkspolitisch nutzbare Wissenschaft, in der bereits die für eine deutsche Wiederbesiedlung vorzusehenden Räume herausgearbeitet wurden.

In dieser Gesamtkonzeption ist auch die Ansiedlung der Trientiner Sprachinseldeutschen im Budweiser Becken zu verorten. Die unmittelbare Anregung hierzu ging auf den ethnopolitisch ambitionierten Gauleiter von Oberdonau, August Eigruber (1907–1946), zurück, dessen Gau im Zuge der Besetzung des Sudetenlandes 1938 einige tschechische Grenzgebiete im Böhmerwald hatte annectieren können. Die Planungen zur Ansiedlung der Sprachinseldeutschen aus Lusern und dem oberen Fersental richteten sich auf den unmittelbar angrenzenden, zum Protektorat Böhmen und Mähren geschlagenen Oberlandratsbezirk Budweis. Sie verstanden sich als Teil von Siedlungsplanungen zur ‚Wiederbelebung‘ der Budweiser Sprachinsel und zur „Unterstützung der Volksbrücke im Budweiser Becken“ zwischen der neuen Reichsgrenze und der Stadt Budweis (České Budějovice), deren Umgebung ausgangs des 19. Jahrhunderts noch stark deutsch besiedelt gewesen war.⁹²

Die Sprachinseldeutschen im Trentino waren bei den Südtiroler Umsiedlungsplanungen 1939 zunächst unberücksichtigt geblieben. Zwar hatte SS-Oberführer Curt von Gottberg, seinerzeit Chef des Siedlungsamtes im SS-Rasse- und Siedlungshauptamt, im Juli 1939 gegenüber dem Reichsführer-SS auf die Bevölkerungsgruppen im oberen Fersental und Lusern aufmerksam gemacht, doch galten diese beim Reichskommissar für die Festigung deutschen Volkstums nicht als „völkisch wertvolle deutsche Menschen“.⁹³ Zu ihrer Einstufung als ‚eindeutschungsfähig‘ führte erst ein Vorstoß aus der Bozner ADERSt. Deren Leiter, SS-Obersturmbannführer Wilhelm Luig, konnte schließlich am 29. Dezember 1939 in nachträglichen Absprachen mit dem Unterstaatssekretär im italienischen Innenministerium, Guido Buffarini-

91 Siehe: AUW, Nl. Hassinger, Karton 18: Stand der Arbeiten über das Gebiet des Protektorats Böhmen und Mähren, 28.1.1941.

92 BArch, R 19/189: Vermerk zu einem Vortrag Greifelts beim Reichsführer-SS am 12. Mai 1943, undat.

93 TLA, DUT, Karton 6, Position 159: Vermerk der DUT, Innsbruck, 5.1.1946. – Zum Schreiben von Gottbergs an Himmler (Prag, 12.7.1939) siehe: BArch, NS 2/164.

Guidi (1895–1945), eine Ausweitung des Optionsrechts auf die Trientiner Sprachinseln Sant’Orsola (Fersental) und Lusern aushandeln.

Die Umsiedlung der Sprachinseldeutschen machte Luig seither zu seiner persönlichen Angelegenheit. Ungeachtet der Vereinbarungen mit Buffarini-Guidi, die eine vorübergehende Abwanderung der Deutsch-Südtiroler vorsahen, trat er ab Januar 1940 in Planungen für eine vorgezogene geschlossene ‚Umsetzung‘ der Luserner und Fersentaler ein, in deren Rahmen die ADERSt sozialstrukturelle Erhebungen im Aussiedlungsgebiet unternahm.⁹⁴ Das Vorhaben sollte als Modell- und Testfall einer späteren geschlossenen Umsiedlung der Südtiroler dienen, scheiterte indes an der Praxis bedarfsweiser Abrufung einzelner Sprachinsel-Optanten ins Reich durch verschiedene deutsche Dienststellen sowie an der Zuweisung eines geeigneten Siedlungsgebietes.

Nachdem sich Projekte einer Einweisung in die Untersteiermark, nach Osttirol und Oberkrain zerschlagen hatten, wurde im Sommer 1942 neuerlich die Variante einer ‚Ansetzung‘ im Budweiser Becken aufgegriffen, für die bereits seit November 1941 konkretere Planungen vorgenommen worden waren. Zwar trugen Parteikanzlei und Reichspropagandaministerium u.a. rassistische Bedenken bezüglich der volkstumpolitischen Effizienz der Ansiedlung von Fersentalern und Lusernern vor, doch erwies sich schließlich das Konstrukt ‚volkstümpfischer Bewährung‘ der Sprachinseldeutschen als ausschlaggebend. Himmler verfügte am 27. August 1942 deren Umsiedlung in den südböhmischen Raum.

Die Aussiedlung der 670 Sprachinseldeutschen aus dem Trentino war indes bereits vier Monate zuvor, zwischen dem 15. und 25. April 1942, und noch in Unkenntnis des künftigen ‚Ansetzungsgebietes‘ erfolgt. Verzögert durch Kompetenzstreitigkeiten zwischen den deutschen Protektoratsbehörden, dem RKF und dem Gauleiter von Oberdonau, erfolgte nach etwa einhalbjährigem Aufenthalt in Lagern der VoMi – zunächst in Hallein bei Salzburg, später bei Budweis – der allmähliche, stark verstreute und zusammenhaltlose ‚Ansatz‘ von schließlich 397 Fersentalern und 105 Lusernern auf enteigneten tschechischen Höfen im Raum Budweis.⁹⁵

In unmittelbarer Verbindung hiermit standen volkstumpolitische Interventionen gegen die tschechische Bevölkerung. Deren rassenbiologische Durchmusterung erfolgte im Sommer 1942 durch eine eigene Rasse- und

94 Siehe: Eugen FUSSENEGGER, Lusern. Im Zuge der Umsiedlung Südtirols entstandene Studie politisch-historischen wie wirtschaftlichen Inhaltes. Herausgegeben von der ADERSt, Bozen 1943 (Manuskript).

95 Zahlen nach TLA, DUT, Karton 6, Position 168. Im einzelnen wurden Trientiner Sprachinsel-Umsiedler in den Orten Berlau (Brloh pod Kletf), Neudorf (Nová ves), Krems (Křemže), Krassetin (Krasetín), Großtschekau (Čakov), Kwitkowitz (Kvítkovice), Duben (Dubné), Kschenowitz (Křenovice) und Branischau (Braníšov) ‚angesetzt‘. Anderweitig untergebracht wurden 155 Luserner (vor allem in Vorarlberg) und 41 Fersentaler Umsiedler; 38 als ‚Ansiedlungsverweigerer‘ bezeichnete Fersentaler gelangten in ein Lager der VoMi in Ustroń (Beskiden, Kreis Teschen).

Siedlungsdienststelle in Budweis, die zu Beginn des Vorjahres parallel zum Aufbau einer Außenstelle des RuSHA in Prag eingerichtet worden war. Als Röntgenuntersuchungen getarnt, sollten die Rasseprüfungen Aufschluss über die ‚Eindeutschungsfähigkeit‘ der Tschechen geben.⁹⁶ Im Verbund mit den Besitzerhebungen des Prager Bodenamtes des RKF bildeten sie die Grundlage für die geplante ‚Absiedlung‘, Vertreibung oder Vernichtung der örtlichen Bevölkerung. Der Deutschen Ansiedlungsgesellschaft der SS, die in Budweis ebenfalls über eine Niederlassung verfügte, oblag die Durchführung der Bodenumverteilung. Diese sollte auf der Grundlage von Neusiedlungsplänen und eines Generalsiedlungsplanes erfolgen, der seit Mitte 1942 durch Konrad Meyer ausgearbeitet worden war. Die vorgesehene Eigentumsübertragung an die Trientiner Umsiedler unterblieb jedoch vermutlich auf Grund langfristiger volkstumpolitischer Planungen der inzwischen im besetzten Norditalien (Operationszone Alpenvorland) eingesetzten deutschen Besatzungsbehörden.

Im Jahre 1942 hatten sich unterdessen neuerlich Ansiedlungsplanungen auf einen Teil der Beskiden gerichtet, der im Entwurf Hassingers bereits weitläufig einbezogen und von Himmler frühzeitig in Vorschlag gebracht worden war.⁹⁷ In dem gebietsweise gemischtethnischen nordmährischen Kuhländchen, Teil des Regierungsbezirkes Troppau (Opava) im Osten des Reichsgaus Sudetenland, sollte um die Landstädte Fulnek und Neutitschein auf Anweisung des RKF die Hälfte der in Südtirol lebenden Reichsdeutschen angesiedelt werden. Die übrigen reichsdeutschen Umsiedler waren in Lothringen unterzubringen, das als geschlossenes Ansiedlungsgebiet für die Südtiroler bereits 1940 einmal diskutiert worden war. Für das Sudetengebiet wurde ab Herbst 1942 auch der Einsatz von Südtiroler Gewerbetreibenden und Handwerkern bzw. Hoteliers in den Regierungsbezirken Aussig (Ústí nad Labem) und Karlsbad (Karlovy Vary) – hier speziell in den böhmischen Kurorten Franzensbad (Františkovy Lázně), Marienbad (Mariánské Lázně) und Karlsbad – erwogen.

Den volkstumpolitischen Funktionären sowohl im Sudetengau wie in Lothringen galten die Südtiroler als begehrte Dispositionsmasse: Der RKF-Beauftragte im Sudetenland, SS-Obersturmbannführer Ernst Müller, klagte im Mai 1942, dass nach erfolgter Beschlagnahme und Treuhandbewirtschaftung zahlreicher tschechischer Höfe und Gewerbebetriebe kein deutscher Ersatz gefunden werden könne. Müller fragte daher beim Leiter der Bozner ADERSt an, „welches Menschenmaterial [...] uns für den Einsatz zur Verfügung“

96 HEINEMANN, Rasse, S. 163.

97 Himmler hatte bereits im Mai 1939 eine Ansiedlung der Südtiroler in Nordmähren angeregt (BArch, NS 19/2070: Himmler, betr. Südtirolfrage, Berlin, 30.5.1939), damit „Mähren, das wieder voll und ganz deutsch werden muss, einen wertvollen Zuwachs von 200.000 gutrassigen, sehr bewusst deutschen und kämpferischen Volkselementen“ erhalte.

gestellt werden könne.⁹⁸ Wie Gauleiter Konrad Henlein (1898–1945), der 7.000 Südtiroler Familien im Sudetenland anzusiedeln beabsichtigte, so lege auch er großen Wert auf den ‚Einsatz‘ von Südtiroler Bauern, vor allem in mittleren Gebirgslagen. Mit dem Leiter des Bodenamtes in Metz, dem schon bekannten SS-Sturmabführer Friedrich Brehm, kam Müller im August 1942 überein, die Verteilung der Umsiedler auf Lothringen und den Sudetengau „unter weitgehender Schonung gegenseitiger Interessen“⁹⁹ vorzunehmen. Die DUT konnte gegenüber Müller, seit September des Jahres Leiter des neu gegründeten Ansiedlungsstabes Sudetenland in Fulnek, durchsetzen, dass auch die als ‚volksbiologisch nicht-einsatzwürdig‘ geltenden älteren und kinderlosen Umsiedler nicht vom Anrecht auf Immobilienerwerb ausgeschlossen wurden.

Die Ansiedlung, die Greifelt zunächst auf Herbst 1942 terminiert hatte, zog sich auch hier stark in die Länge. Bis Oktober 1943 wurden schließlich im gesamten Sudetenland nach vorherigen Besichtigungsreisen der Kaufinteressenten und nach ‚Absiedlung‘ der teilweise zunächst im Ausgedinge verbliebenen tschechischen Vorbesitzer lediglich 660 Südtiroler angesiedelt, darunter 60 Bauern auf 1.100 Hektar landwirtschaftlicher Betriebsflächen.¹⁰⁰ Im Regierungsbezirk Troppau in den Ostsudeten erfolgte die ‚Ansetzung‘ in den Landkreisen Freudenthal (Bruntál), Landskron (Lanškroun), Neutitschein, Sternberg (Šternberk) und Wagstadt (Bílavec).¹⁰¹

Als die Umsiedlung Südtirol im Oktober 1943, wenige Wochen nach der deutschen Besetzung des Landes, definitiv abgebrochen wurde, hatten insgesamt etwa 73.000 Personen (ca. 31 % der deutschen Volksgruppe bzw. 37 % der Optanten) das Land verlassen. Unter dem Druck der mit Italien vereinbarten täglichen ‚Absiedlerquoten‘ und der ausgebliebenen Zuweisung eines geschlossenen Siedlungsgebietes erfolgte ihre ‚Ansetzung‘ schließlich verstreut mehrheitlich in Nord- und Osttirol sowie Vorarlberg (ca. 48–54 %) und in den übrigen ‚Donau- und Alpengauen‘ (ca. 26–27 %). In das Altreichsgebiet von 1937 gelangten etwa 17, in andere Gebiete ungefähr vier Prozent der Umsiedler. Für die große Mehrheit der Optanten aus Italien führte der Weg ins ‚Reich‘ in die unter der Bezeichnung ‚Sondermaßnahme S‘ von der Deutschen Arbeitsfront errichteten Südtiroler und Kanaltaler Siedlungen der ‚Ostmark‘.

98 BArch, R 49/3539: RKF-Beauftragter Sudetenland (Ernst Müller) an ADERSt-Leiter Wilhelm Luig, 27.5.1942.

99 Ebd.: Müller an RKF/Stabshauptamt/Abteilung I (Günther Stier)/Berlin, 23.8.1942.

100 BArch, R 49/3541: Müller an Gauleiter Henlein, Fulnek, 2.10.1943. – Zum selben Zeitpunkt waren im Sudetengau weitere 2.800 Personen aus anderen Umsiedlungsgebieten (darunter ca. 900 aus der Bukowina) angesiedelt, gleichzeitig ungefähr 75.000 Hektar landwirtschaftlicher Betriebsflächen tschechischer Vorbesitzer in Treuhandverwaltung überführt worden.

101 Im einzelnen wurden Südtiroler Umsiedler ‚angesetzt‘ in Niederscherma/Böhmisch Rothwasser (Čermná) im Landkreis Landskron, in Freiberg in Mähren (Příbor) samt Klogsdorf (Klokočov), in Neutitschein samt Ehrenberg (Loučka) sowie in Waltersdorf (Vrchy) im Landkreis Neutitschein, in Mährisch Neustadt (Uničov), Schönwald (Šumvald) sowie – zumeist Umsiedler aus Kastelruth – in Bladowitz (Mladějovice) und Unterlangendorf (Dlouhá Loučka) im Landkreis Sternberg sowie in Königsberg (Klímkovice) samt Polanka im Landkreis Wagstadt.

7. Kategorisierungen

Wie im Falle anderer ‚volksdeutscher‘ Umsiedlungsszenarien, so kennzeichneten sich auch die Südtiroler Planungen durch eine Verbindung mit Konzepten territorialer und ethnischer Expansion. Insofern implizierten Ansiedlung und ‚Eindeutschung‘ rigide volkstumpolitische und sozioökonomische Maßnahmen gegen die fremdethnischen Bevölkerungen der Ansiedlungsgebiete: Der Hierarchisierung des Ethnischen folgten Assimilierung und Entnationalisierung bzw. Selektion, Deportation und Vernichtung. Aussiedlung hier und aggressiv-expansiver Raum- und Bevölkerungsumbau dort waren miteinander verschränkte Pole der Gewalt. Die an sozioethnischen Idealbildern orientierte Raumplanung des Nationalsozialismus‘ entwarf Räume der Gewalt. Die ihrerseits unter despotischem Diktat zwangsmigrierende Bevölkerung war darin nicht lediglich instrumentalisierte Verschubmasse; vielmehr wurde sie beim anstehenden ‚Umvolkungsprozess‘ als Teil des Gewaltsystems konzipiert. Weite Teile – wenn auch ausdrücklich nicht die gesamte – Südtiroler NS-‚Volksgruppenführung‘ erkannte gerade hierin eine Chance auf Prolongierung ihrer Machtposition.

Der Rückgriff auf eine präsumtiv exakte wissenschaftliche Taxonomie des Biologischen zur Etablierung von exklusionistischen Skalen sozialer Wertigkeit erfolgte nicht nur in Hinblick auf ethnopolitische Interventionen gegenüber den Fremdethnischen im Neusiedlungsgebiet. Denn obwohl das Grenz- und Auslandsdeutschtum rassistisch, kulturell und sozial als besonders ‚wertvoll‘ und insofern als ideales ‚Aufbauelement‘ der rassistischen NS-Lebensraumkonstruktion galt, unterlagen auch die ‚volksdeutschen‘ Umsiedler einer erbbiologisch-sozialhygienischen Durchmusterung und Selektion. Mit ihr ging eine vielschichtige soziale Kategorisierung der Umsiedler einher. Ihr Durchschlagen bis auf die Ebene der AdO wird beispielhaft greifbar in den Siedlungsplanungen Wilhelm Tapfers oder in einer Anweisung zur Festsetzung des Umsiedlervermögens: „Der Lebensstandard [der Optanten] soll nicht rein individuell ermittelt und beschrieben werden; die Ermittlung soll berufsgruppen- und gebietsweise erhoben und in verschiedenen Kategorien beschrieben werden. Im Wertfestsetzungsakt [...] braucht nur mehr die Bezeichnung der Kategorie angegeben [zu] werden.“¹⁰²

Diese Kategorisierungen bildeten die Grundlage einer planerischen Steuerung des Sozialen nach vorgefassten, als optimierend verstandenen Strukturprinzipien und Leitbildern eines künftigen Bevölkerungsaufbaus. Sie entschieden über Ansiedlungsbedingungen und den späteren gesellschaftlichen Status des Einzelnen. Die frühen umsiedlungsidyllischen Vorstellungen vor allem der AdO, wonach der Südtiroler ‚Volkskörper‘ in räumlichen

102 SLA, VKS/AdO, 256: Aktenvermerk Karl Pernthaler, betrifft Naturalersatz beim Vermögensausgleich, Bozen, 25.4.1941.

Verbänden geschlossen und bei weitgehender Rekonstruktion seines Sozialkörpers lediglich umgesetzt werde, verkannten die Zielsetzungen der NS-Planungsbürokratie.¹⁰³ Dabei war es gerade die soziographische Zuarbeit der Südtiroler ‚Volksgruppenführung‘, die einen wesentlichen Beitrag zu einer Sortierung von Bevölkerung und damit zu einer letztlich stark gemischten ‚Ansetzung‘ der Südtiroler ermöglichte. Diese Sortierung von Bevölkerung war nicht von (wirtschaftlichen) Zweck-, sondern von Wertvorstellungen geleitet, die sich sozialplanerisch an einer von Grenzen und Hierarchien bestimmten Sozialstruktur orientierten.

Volkstumswissenschaftliche Expertenmilieus vor allem in Österreich hatten teilweise bereits weit im Vorfeld Entwürfe dieser Wertvorstellungen geliefert; sie übernahmen später nicht selten politikberatende Funktionen bei Planung und Realisierung der sozioethnischen Neuordnung. Es waren maßgeblich diese Expertenkreise mit ihrem manifesten Interesse an Anwendungsorientierung soziologischer und bevölkerungswissenschaftlicher Forschung, die wesentliche Grundlagen und Materialien bereitstellten, mittels derer Umsiedlungs- und Neuordnungsprogramme durchgeführt werden konnten. Dass diese im Falle der Südtiroler vielfach nicht über ein Planungsstadium hinausgelangten, war vor allem den Kriegsumständen zu danken, welche hingegen das Umsiedlungsverfahren anderer Auslandsdeutscher eher noch radikalisierten.

Michael Wedekind, Pianificazione e violenza: l'emigrazione coatta dei sudtirolesi e i progetti per un riassetto territoriale e socio-etnico mitteleuropeo

Quale funzione fu accordata dal regime nazista al trasferimento dei sudtirolesi, concordato fra il Terzo Reich e l'Italia nel 1939, nell'ambito del nuovo ordine europeo? Il presente contributo indaga la questione basandosi su perizie, scenari e strategie di attuazione in vista di un trasferimento 'chiuso' dei sudtirolesi e di una 'pianificazione demografica' intesa in senso sociologico.

In un primo passo il saggio analizza i piani di colonizzazione messi a punto dai vertici del gruppo nazionalsocialista altoatesino, ossia dalla

103 Der steirische Umsiedlungsbeauftragte Karl Struzl merkte im Oktober 1940 an: „Es ist meiner Meinung nach eine Utopie, bloß anzustreben, Südtirol in ein anderes Land zu versetzen, und zu glauben, es sei bloß notwendig, dort ein neues Meran, ein neues Bozen und neue Bauerngemeinden hinzustellen, deren oberster Grundsatz es ist, das alte Südtirol vorzutauschen. [...] Ich glaube vielmehr, dass es nötig sein wird, in einer genialen Schau die Grundzüge der Kultur zu erfassen, sie umzuwerten und ihr Wege vorzuzeichnen, auf denen ein neues Erblühen möglich ist. In keinem Fall aber wird im neuen Siedlungsgebiet das gleiche Ergebnis erscheinen wie in Südtirol, auch wenn es gelungen ist, die gleiche Gesinnung zu erhalten.“; zitiert nach: STUHLPEFARRER, Umsiedlung, Bd. 2, S. 688 f.

Comunità di lavoro degli optanti per la Germania (*Arbeitsgemeinschaft der Optanten für Deutschland*; AdO), i cui progetti e le cui concezioni di riordino etnico si collocano nel contesto di edificazione dello Stato razziale nazista. Il ‘territorio di insediamento’ che sarebbe stato loro assegnato dal capo supremo delle SS Heinrich Himmler fu inteso come un’area da strutturare *ex novo* e come oggetto di ri-pianificazione etnica, economica e sociale. Infatti vi sarebbero state pedissequamente riprese le strutture di insediamento dei sudtirolesi, al pari del loro corpo sociale, con le sue gerarchie socio-strutturali. Riguardo al dominio di aree di più ampie dimensioni, i piani elaborati in un secondo tempo ipotizzavano per i sudtirolesi un insediamento fra altri gruppi etnici, facendo passare in secondo piano gli aspetti economici rispetto a quelli di carattere razziale e biopolitico.

I pianificatori della AdO elaborarono un modello di società stratificata, nell’ambito del quale le categorie biologistico-razziali legittimavano la disuguaglianza sociale ossia il mantenimento dello *status quo*. In quanto nuova aristocrazia etno-biologica all’interno di una scala gerarchica di gruppi etnici geneticamente definita, ai sudtirolesi andavano riservate le posizioni chiave in ambito politico ed economico nel territorio di nuova colonizzazione. Tuttavia, la convinzione dei vertici della AdO di poter influire in maniera determinante sui piani di insediamento delle SS si rivelò illusoria, sebbene grazie alla produzione di sapere sociografico la loro influenza fosse tutt’altro che trascurabile.

Lo studio prosegue analizzando concreti piani territoriali di ‘insediamento chiuso’ dei sudtirolesi in territori etnicamente di confine o di occupazione del Reich germanico, elaborati dal competente Commissario del Reich per il consolidamento dell’etnia germanica (*Reichskommissar für die Festigung deutschen Volkstums*). Tutti gli scenari di trasferimento si caratterizzavano per il loro nesso con idee di espansione territoriale ed etnica. Colonizzazione e ‘germanizzazione’ implicavano l’adozione di rigide misure etnopolitiche e socioeconomiche contro le popolazioni etnicamente allogene dei diversi territori di insediamento: alla gerarchizzazione della categoria etnica facevano seguito assimilazione e denazionalizzazione, ossia selezione, deportazione e sterminio. L’estromissione dal territorio dei trasferendi sudtirolesi, da un lato, e l’aggressiva trasformazione dello spazio e della popolazione, dall’altro, costituivano i due poli della violenza. La popolazione costretta a migrare non era semplicemente una massa umana strumentalizzabile; nell’ambito dell’imminente ‘processo di trasformazione etnica’, essa era intesa piuttosto come parte del sistema di violenza.

Il ricorso ad una tassonomia del biologico, che si presumeva fosse scientificamente esatta, per istituire una gerarchia sociale non fu solo applicata negli interventi etnopolitici nei confronti delle etnie allogene, ma riguardò anche le popolazioni tedesche viventi sui confini o all’estero, considerate

particolarmente 'pregevoli' dal punto di vista razziale, culturale e sociale. Per altro anche gli emigranti di etnia tedesca erano soggetti a uno scrupoloso controllo e a una selezione improntati alla biologia ereditaria e all'igiene sociale. Tale operazione contemplava una categorizzazione sociale stratificata. Essa costituiva la base di un dispositivo di pianificazione della società secondo principi strutturali e linee guida preconcepi, tendenti a quello che si riteneva un'ottimizzazione della futura struttura demografica. Le condizioni di insediamento e il successivo *status* sociale del singolo erano decisi in base a tali principi e linee guida. I criteri in base ai quali avveniva tale selezione di soggetti umani erano improntati non tanto all'utilità (economica) quanto piuttosto a ideali che, sotto il profilo della pianificazione sociale, erano orientati a una struttura definita da barriere e gerarchie.

Studiosi di orientamento *völkisch*, in particolare quelli austriaci, avevano elaborato sin dagli anni Venti schizzi e progetti di tali rappresentazioni ideali; in seguito questi esperti dell'etnoscienza spesso assunsero funzioni di consulenza politica nell'ambito della pianificazione e attuazione del nuovo ordine socio-etnico. Furono soprattutto queste cerchie di tecnici con i loro manifesti interessi per l'applicazione di ricerche sociologiche ed etno-demografiche a gettare le basi e ad approntare i materiali con cui poterono essere attuati i programmi di trasferimento di popolazioni e di creazione di un nuovo ordine. L'andamento della guerra congelò quasi completamente l'attuazione di questi progetti mentre al contempo favorì la radicalizzazione dei processi di trasferimento di altri gruppi di tedeschi etnici.